

DDR IN BEWEGUNG

Was ist eigentlich die "Vereinigte Linke"?

Marion Seelig: Die Initiative "Vereinigte Linke" ist eine Bewegung in der DDR von Menschen, die alle aus Gruppen kommen, die schon im linken Spektrum gearbeitet haben. Auch einzelne Leute, insbesondere aus der SED, stoßen jetzt dazu. Ich persönlich komme aus der "Kirche von unten", das ist eine linke, eine christliche Basisbewegung bei uns. Wir haben eigene Vorstellungen von Ökonomie usw. entwickelt, die wir jetzt in die "Vereinigte Linke" einbringen.

Thomas Klein: Ich fühle mich als Marxist der "Vereinigten Linken" zugehörig. Ich konnte, weil ich mich als Marxist verstehe, nie Mitglied der SED sein, meine aber, daß auch in der SED noch viele Marxisten arbeiten. Ich hoffe darauf, daß sehr viele Kommunisten in der DDR in der "Vereinigten Linken" ihren Platz suchen und auch finden werden. In der Perspektive wird die "Vereinigte Linke" das allererste Mal in der DDR den Versuch machen, alle sozialistischen Tendenzen und Strömungen miteinander im Gespräch zu vereinigen. Wir wollen auf der Suche nach einem Minimalkonsens die verschiedenen Auffassungen über eine sozialistische Perspektive nicht in einem sektiererischen oder spalterischen, sondern in einem einigenden Sinne, also im Sinne des konzeptionellen Streits, verbinden. Und ich denke, das ist wirklich was Neues, sicherlich nicht nur für die DDR.

Wie stark sind denn überhaupt die Linken, die Sozialisten außerhalb der SED?

Thomas Klein: Jetzt ist die Frage, wie stark die Linken und die Sozialisten außerhalb der SED sind, für uns nicht mehr in allererster Linie interessant, sondern gerade in Anbetracht der Situation in der SED, wie stark die Linken und Sozialisten in der DDR überhaupt sind. Es schreckt uns nicht, von der Vorstellung auszugehen, daß viele Menschen, die mit uns in der Sache verbündet sind, nicht bei uns arbeiten werden. Hauptsache ist, wenn in der DDR Prozesse in Gang kommen, die den Sozialismus befördern. Wir wollen versuchen, in diesem Sinne wirksam zu werden und es sieht so aus, als ob wir dies anders tun, als diejenigen, die in der SED arbeiten. Was wir jetzt schon wissen, ist, daß außer in Berlin auch in anderen Städten der DDR dieses Projekt für eine "Vereinigte Linke" mitgetragen wird.

Wie schätzt ihr momentan die aktuelle Lage ein? Wird es weiterhin möglich sein, so viele Leute dazu zu bewegen, auf die Straße zu gehen, für politische Veränderungen zu kämpfen? Oder wird die Massenbewegung nachlassen?

Marion Seelig: Im Moment sieht es Gott sei Dank noch so aus, daß die Leute weiterhin auf die Straße gehen. Für uns war es sehr wichtig, was an dem Montag nach dem ersten Reise-wochenende in Leipzig passiert. Es war schon sehr positiv, daß da 300.000 Leute auf der Straße waren. Das hat uns weiter Mut gemacht. Und man hört auch ganz viele Stimmen -

Interview mit Marion Seelig und Thomas Klein von der Initiative »Vereinigte Linke«, DDR

da habe ich so nicht mit gerechnet -, die sagen: Reisen ist ja ganz schön, aber eigentlich wollen wir doch noch ein bißchen mehr. Ich denke, daß jetzt die Dinge in die Organisationen, vor allem auch in die Betriebe gehen, denn da müssen jetzt Initiativen entwickelt werden, da müssen die Leute angesprochen werden. Hier sind auch viele Potenzen im Moment, gerade in der Gewerkschaftsfrage. Wir zielen ja in Richtung Selbstverwaltung und ich denke, da kommt jetzt in den Arbeits- und Lebenszusammenhängen der Leute, auch in den Wohnbereichen, sehr viel in Bewegung. Die großen Demonstrationen werden sicher nicht ewig anhalten können. Ich wünsche mir aber, daß sie als Instrument da sind, also daß man sie einsetzen kann, wenn sie gebraucht werden.

Thomas Klein: Ergänzend dazu würde ich noch sagen, daß in einer gesellschaftlichen Krisensituation wie der, in der wir uns jetzt befinden, Straßendemonstrationen nicht nur ein wichtiges, sondern in einer bestimmten Phase das einzige Mittel sind, um in dieser spezifischen Form Volkssouveränität zu realisieren. Aber in der neuen Phase, in die wir jetzt einsteigen, ist die Problematik nicht darauf zu verkürzen, ob wir es schaffen, daß es weiterhin Massendemonstrationen gibt. Wenn es um Sozialismus in der DDR geht, dann geht es nicht nur darum, daß Volkssouveränität sich auf der Straße manifestiert, sondern die Bevölkerung die Form sucht und findet, in der Volkssouveränität nicht als konfrontativer Prozeß, sondern als konstruktiver Prozeß im Sinne einer sozialistischen Entwicklung realisierbar ist und sein wird. Im wesentlichen geht es um diese Form, die sich jetzt entwickelt und um die Widerstände, die die Entwicklung von Volkssouveränität in diesem Sinne einschränken oder behindern.

Wie beurteilt ihr den relativ schnellen Schwenk der SED? Ist dies ein ernsthafter Erneuerungsprozeß oder nur eine Reaktion auf Prozesse?

Marion Seelig: Ich denke, daß das, was da in der SED-Spitze und auch in den Spitzen der Blockparteien abläuft, letztlich eine Art Reaktion ist. Da laufen jetzt Dinge in einer Hast ab, der wir kaum noch folgen können. Viele Forderungen sind de facto abgehakt. Unser Forderungskatalog, den wir im Böhlener Papier aufgestellt hatten, ist zum Beispiel weitgehend erfüllt - bis zu den entscheidenden Punkten, wo es wirklich um gesellschaftliche Veränderungen geht und nicht "nur" um die Einrichtung demokratischer Institutionen, die ja auch noch nicht gesetzlich fixiert sind, die jetzt erstmal so ein Stück weit im rechtsfreien Raum vorhanden sind. Wir machen alle einen großen Unterschied zwischen dem, was sich jetzt an der Parteibasis abspielt an Bewegung, Kritik, Veränderung und dem, was da eben von oben für mich wirklich nur Reagieren ist. Wir brauchen zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich solche Kräfte wie Hans Modrow, aber unsere Verbindungen sind in der Parteibasis zu suchen.

Thomas Klein: Ich würde diesen Aspekt auch betonen. Alles was mit dem Begriff SED identifiziert wurde, wurde ausgefüllt durch das politbürokratische System des Dirigismus in Wirtschaft und Gesellschaft, aber wir fühlen uns entschieden mit jenen Genossen in der SED-Parteibasis verbunden, die in dem gegenwärtigen Prozeß versuchen - nicht unbedingt anders als wir, aber woanders als wir - die Entwicklung von Bewegungsformen hin zu sozialistischer Demokratie zu befördern. Die Frage lautet, wie stark sind die Kräfte, die in der DDR dasjenige wollen, was wir mit Sozialismus meinen, und diejenigen Kräfte, die unter diesem Etikett agieren, unter anderem im Bereich der Kräfte, die früher politische Verantwortung trugen und die hinter dem alten System standen und stehen. Ebenso steht die Frage, wieweit

sich in der jetzt abzeichnenden Entwicklung Sozialisten in der SED und außerhalb der SED politisch durchsetzen, wie sie der DDR-Bevölkerung Angebote machen können, die auch mehrheitsfähig und konsensfähig sein können. Es geht um eine breite Koalition der Vernunft und des Realismus. Das meint eben nicht, daß es hier auf Biegen und Brechen darum geht, Positionen der Sozialisten und Linken wohlmöglich sogar noch gegen die Bevölkerung durchzusetzen - das hatten wir lange genug -, sondern es geht darum, unter Bewahrung eines perspektivischen sozialistischen Denkens Prozesse in Gang zu bringen, die diese Entwicklung durchzusetzen helfen.

Das ist natürlich schon eine spannende Frage, weil ihr ja mit eurer Position nur eine Tendenz in der Oppositionsbewegung in der DDR wiedergebt. Wenn man sich zum Beispiel den Vertreter von "Demokratie jetzt" auf dem GRÜNEN Perspektivkongreß angehört hat, der verkündete, daß eine Grundbedingung für eine positive Entwicklung der DDR die Einführung der Marktwirtschaft wäre, dann ist das doch eine völlig entgegengesetzte Tendenz. Oder auch verschiedene Aussagen von Vertretern des "Neuen Forums". Die "Vereinigte Linke" stellt ja nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der gesamten Oppositionsbewegung dar. Wie ist da euer Verhältnis zu den anderen Gruppen?

Marion Seelig: Wir gehen grundsätzlich davon aus, daß die oppositionellen Gruppen, dort wo sie gemeinsame Ziele haben, gemeinsam vorgehen. Ein gemeinsames Ziel ist natürlich erst mal die Demokratisierung. Das "Neue Forum" muß man von den anderen Gruppierungen unterscheiden, weil es eigentlich mit dem Ansatz angetreten ist, Positionen nicht in dem Maße zu bestimmen, sondern ein Forum zu sein, offen zu sein für alle emanzipatorischen Bewegungen bei uns im Lande. Es ist zu beobachten, daß es diese Funktion so nicht mehr hat. Trotzdem hat im Lande das "Neue Forum" vielfach nach wie vor Sammelcharakter. Insofern ist es natürlich klar, daß die Initiative "Vereinigte Linke", die schon verhältnismäßig programmatisch mit Inhalten zu arbeiten begonnen hat, nicht soviel Zulauf bekommen kann wie eine Plattform die alles sammelt. Ich sehe im Grunde auch keinen Widerspruch darin. Es ist klar, daß linke Positionen erstmal immer Minderheitenpositionen sind, davon kann man erst mal ausgehen.

Thomas Klein: Unser besonderer Standpunkt ist, daß Demokratie in der DDR, und zwar realisiert als eine gesellschaftliche Alternative zum real existierenden Kapitalismus und zum politbürokratischen sogenannten real existierenden Sozialismus gesucht werden muß. Das ist nur im Sinne einer Garantie demokratischer Errungenschaften möglich. Von Interesse ist nicht unser Verhältnis zur Demokratiebewegung, zu anderen Gruppierungen an sich, sondern wie und in welchem Maße sich in der Bevölkerung eine Bewegung zu entfalten beginnt, die Chancen für die Realisierung dessen, was sozialistische Demokratie betrifft, in sich birgt. Das ist die entscheidende Frage. Neben dem, wie für alle so auch für uns faszinierenden Aufbruch in der DDR, darf dabei die vierzigjährige Demoralisierung und Entpolitisierung nicht vergessen werden. Das Bewußtsein hat sich ja bislang neben der Kompensation solcher Verhältnisse im eng begrenzten individuellen Bereich auf dem Gebiet des Konsums entfaltet. Die Folgen sieht man jetzt ja auch nach der Öffnung der Grenzen: in hohem Maße geschieht das in Fortsetzung dieser Tradition der begrenzten Kompensation. Was auf den Demonstrationen artikuliert wurde, zeigt zu unserer Überraschung aber auch, wie impulsiv und schöpferisch eine Bevölkerung sein kann, die die Befreiung von einer Bedrückung vollzieht. Aber das hat erst mal noch nichts in dem von uns gemeinten Sinne mit Sozialismus zu tun. Wir dürfen uns keine Illusionen machen, die Frage, ob eine Entwicklung in Richtung Sozialismus in der DDR möglich sein wird, ist offen. Die Rehabilitierung der sozialistischen Begriffe gegenüber der Okkupation dieser Begriffe durch die politbürokratischen Strukturen läuft in der Bevölkerung über ganz konkrete Fragen, über die Lösung konkreter Probleme. Insofern sind wir vor allen Dingen daran interessiert, wie die Entwicklung der jetzt insbesondere in den Betrieben geführten Diskussionen über die Wiedergewinnung der gewerkschaftlichen Interessenvertretungen, die Selbstverwaltung vorangehen wird. Hier sehen wir das Hauptarbeitsfeld für Linke.

Wie stellt ihr euch das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten in Zukunft vor?

Marion Seelig: Es gab ja mal den Begriff "friedliche Koexistenz" und ich meine, warum soll die nicht weiterhin bestehen? Man kann sicher über viele Dinge reden, nur nicht über die, die zerstörend für das eigene System sind. Ich kann mir dagegen mit vielen Kräften in der Bundesrepublik eine enge Zusammenarbeit vorstellen. In den GRÜNEN gibt es Linke und auch außerhalb mit denen sich Zusammenarbeit lohnen kann.

Thomas Klein: Es gibt überhaupt keinen Grund die Außenpolitik der DDR unter Honecker im Sinne der friedenspolitischen Initiativen zu korrigieren. Koexistenz von unterschiedlichen ge-

Interview

sellschaftlichen Systemen, das geht weit über die Frage der Beziehungen der beiden deutschen Staaten hinaus. Es ist wichtig festzustellen, daß es gegenwärtig in erster Linie eines forcierten Drucks in Richtung Abrüstung, Deeskalation und Friedenssicherung bedarf. Die Chancen sind jetzt größer geworden, diese Prozesse zu forcieren. Die Gefahr, die wir gerade aus Richtung NATO und insbesondere BRD sehen, um nur mal den militärischen Aspekt herauszustellen, muß in den Vordergrund gerückt werden. Das ist eine Sache, die jetzt nicht anders steht als vor ein, zwei oder mehr Jahren. Die DDR wird, was die Beziehungen zur Bundesrepublik aus der Sicht der aktuellen Situation betrifft, ihre Souveränität zu verteidigen haben, insbesondere gegen den wirtschaftlichen Druck. Die bundesdeutsche Industrie steht ja in ihren Startlöchern, und in welche Richtung da gestartet werden soll, brauche ich wohl nicht auszuführen. Es besteht allerdings die Gefahr, daß hier jetzt vieles vergessen oder verdrängt wird, was heute genauso ist wie es gestern war. Davor muß man sich hüten. Das bedeutet aber nicht, daß wir angesichts dieser Gefahren für eine isolationistische oder abgrenzende Politik gegenüber Westeuropa oder insbesondere gegenüber der Bundesrepublik votieren. Die große Koalition der Vernunft und des Realismus, die in der DDR vor der Wende von Linken gefordert wurde, die Koalition gilt natürlich auch im europäischen Maßstab. Sollten sich tatsächlich in der Sowjetunion und in der DDR - ich nenne erst mal nur diese beiden Länder - tatsächlich sozialistische Verhältnisse entwickeln, dann wäre dies sicherlich auch eine fundamentale Herausforderung für den internationalen Kapitalismus.

Auf den Straßen in Berlin war zu hören: "Neue Männer braucht das Land". Das Land hat zwar neue Männer bekommen, wie sieht es aber mit der Lage der Frauen aus?

Marion Seelig: Die Situation ist nicht so sehr anders als in der BRD. Es ist zu konstatieren, daß es immer noch zu wenig Frauen sind. Nicht nur in der Regierung, sondern auch in der Opposition. Das Problem ist, daß die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Frauenproblematik bei uns geringer ist, weil bestimmte äußere Formen, die bei euch einfach viele auf die Straße und in Bewegung gebracht haben, wie Kindergartenplätze, Frauenbeschäftigung - bei uns arbeiten 95% der Frauen, das ist eine ungeheuer hohe Zahl -, sind bei uns gegeben. Oder auch das Mütterjahr, das wurde bei uns immer positiv bewertet. Der negative Aspekt dabei, daß Frauen immer mehr zurückgedrängt wurden von gesellschaftlich relevanten Positionen, von Führungspositionen, wird dann oft nicht mitbedacht, das ist im Grunde noch sehr wenig im Gespräch. Es geht nicht mehr so weiter, daß bei uns im Land Frauen derartig unterrepräsentiert sind. Die gesellschaftliche Bewußtwerdung setzt hier erst langsam ein und hatte bisher eigentlich auch nur eine gewisse Tradition in bestimmten Gruppierungen von Intellektuellen. So wie die Ansätze in den etablierten Parteien, in der SED und auch in den Blockparteien, bisher sind, haben Frauen im Moment vielfach noch Alibifunktion. Man freut sich ja immer, daß jetzt so viele Frauen vorne ans Mikrofon gehen, aber man merkt, daß vielfach Frauen nur vorgeschoben werden. Aber auch das ist ein Lernprozeß. Es gibt jetzt auch eine autonome Frauengruppierung, die sich feministisch nennt, die mit uns korrespondiert. Ich denke, da ist jetzt viel in Bewegung, und da wird und muß sich etwas entwickeln. Das wird auch entscheidend für eine linke Bewegung sein.

Welche Rolle spielen in der derzeitigen Bewegung Studentinnen und Studenten?

Marion Seelig: Was jetzt an den Hochschulen stattfindet ist äußerst spannend. Man hat immer gedacht, da ist alles zu spät, das ist alles verschult, da ist kein subversives Denken mehr vorhanden und jetzt stellt sich heraus, daß das sehr wohl vorhanden ist. Es haben sich autonome Studentenseminare usw. gegründet und es gibt Überlegungen über einen einheitlichen Studentenverband außerhalb der FDJ. Bei uns sind auch Studenten dabei, die aus diesen Positionen kommen und genau wie alle anderen Richtungen und Strömungen stellen die eben einen Punkt dar.

Thomas Klein: Studenten und Freunde aus dem universitären Bereich waren von Anfang an dabei, bei uns waren und sind sie als linke Studenten in der VL präsent, die in den Diskussionen an den Universitäten ihren Anteil haben. Wir müssen darauf achten, daß wir die besondere Spezifikencharakteristik dieser Diskussionen beachten.

Wir danken euch für das Gespräch

Das Interview führten Anja Krüger (Grüne
Zeitung NRW) und Pascal Beucker.

Gorbilogie statt Gorbimanie

Ein Buch, das beim Nachdenken hilft

Dieser Ziegelstein von 478 S. macht spannende Lektüre - nicht nur wegen des in der Tat aufregenden Gegenstandes, um den es in ihm geht: Im breit gespannten Themenbogen, von den "Koordinaten der Perestrojka" zwischen Exterminismus, neuem Denken und "High-Tech-Sozialismus" über die Problematik des "Abrisses einer Apathiemaschine" und der immanenten Schwierigkeiten einer "Revolution von oben" bis zur Frage nach der marxistischen "Entdeckung der Zivilgesellschaft" (mit dem gramscianisch gedachten Fluchtpunkt der "politischen Kultur") wird immer wieder die Breite der Perestrojka-Debatten und ihrer westlichen Rezeption vorgeführt. Wer von Einzelpunkten ausgehen will, kann sich den Inhalt aber auch von dem Personenregister aus erschließen und wird manche Überraschung erleben: Mit der Perestrojka-Debatte sind wirklich alle Koordinaten in Bewegung geraten.

Wolfgang Fritz Haugs neues Buch erspart allen denjenigen, die es vor lauter Skepsis ein wenig spät gemerkt haben, daß sich mit Gorbatschow in der Sowjetunion etwas historisch Entscheidendes tut, die nachholende Lektüre einiger Meter Bücher: Nicht nur die dreibändigen "Ausgewählten Reden und Aufsätze" (Dietz/DDR 1987) und die einzelnen Veröffentlichungen Gorbatschows, sowie die von ihm geprägten Parteidokumente (66 Titel aus der Zeit vom April 1983 bis zum

Februar 1989) und die in westlichen Sprachen zugängliche sowjetische Debatte (222 Titel, v. a. 1988 und 1989), finden sich in diesem im Mai 1989 erschienenen Buch sorgfältig zusammenfassend dargestellt. In einer Lage, in der niemand einfach behaupten kann, direkten Zugang zur sowjetischen Wirklichkeit zu haben, erweist sich der hier gewählte Weg der Analyse und Präsentation der über sie von den in ihr politisch Handelnden als besonders aufschlußreich. Auch wenn derart die Frage, ob Gorbatschows Projekt letztlich gelingen wird, nicht abschließend zu beantworten ist - immerhin kommt heraus, daß er ein politisches Projekt verfolgt, das von einer sehr nüchternen Analyse der Lage und ihrer Möglichkeiten ausgeht und das konsistent die unterschiedlichen Probleme zu einer breit ansprechenden Handlungsperspektive bündelt. Und das ist schon etwas.

Wer 34 DM in die kartonierte Ausgabe investiert, bekommt dafür einen wirklich handfesten Gegenwert: Eine bessere Möglichkeit, am konkreten Material zu begreifen, was die Perestrojka im Osten heute schon bedeutet und noch bedeuten kann - jenseits aller interessierten pessimistischen oder auch optimistischen Prophezeiungen, in denen sich nur die Vorurteile ihrer Urheber äußern. Und damit auch, darüber wirklich nachdenken zu können, was eine "Perestrojka im Westen" sein und wie sie erreicht werden könnte.

Frieder Otto Wolf



"Politische Veränderungen bringen mir gar nichts. Das ist doch nur Schwindel." Agnieska, 18, lächelt mich an, und ich bin verblüfft. Bei uns in der Bundesrepublik begeistert der politische Erdrutsch in Polen, und in Warschau erklärt mir jetzt eine junge Polin, ihr sei das alles egal? "Sobald eine Organisation legalisiert ist", erklärt mir Agnieska geduldig, "muß sie Kompromisse eingehen. Und das ist nicht das Wahre!"

Als eine Untergrund-Gewerkschaft wurde Solidarnosc gegründet, stürzte Polen in Unruhe, wurde verboten. Unter dem Kriegsrecht wurden ihre Führer interniert. Spätestens seit den Wahlen ist Solidarnosc ein Teil der Staatsmacht. Sie stellt Par-

lamentsabgeordnete, und auch Regierungsmitglieder Sie verhandelt mit Politikern, die den Menschen noch vor wenigen Jahren verboten, abends das Haus zu verlassen.

"Für die jungen Leute war Solidarnosc ein Mythos", sagen Stanislaw Cwik und Jacek Marczynski aus der Redaktionsleitung der Razem, einer Mischung aus Bravo und ran auf polnisch. **"Die erfahrenen Aktivisten der Gewerkschaft sehen nun die Chance, auf dem parlamentarischen Weg Macht zu erringen. Dafür müssen sie Kompromisse machen. Die Jugend aber akzeptiert keine Kompromisse, nicht im Elternhaus, nicht in der Schule und nicht in der Politik."**

Die Ereignisse in China haben in Polen die Erinnerung an das eigene Kriegsrecht wieder wachgerufen. Vor der chinesischen Botschaft in Warschau kommen täglich polnische Studenten, Schüler und junge Arbeiter zu einem Protest-Picknick zusammen. Sie demonstrieren für die Freiheit in China - und für die Freiheit in Polen. Die Jugendlichen teilen mit der Solidarnosc die Sorge, die Konservativen im polnischen Staatsapparat könnten die Reform wegputschen, wie es in Peking auch geschehen ist. Doch während die Führung der Solidarnosc deshalb den Konsens mit den Reformern in der Kommunistischen Partei sucht, suchen viele Jugendliche den Konflikt mit allen Kompromißlern.

In Polen gibt es inzwischen eine Palette jugendlicher Oppositionsgruppen. Die wichtigsten sind:

- die Föderation Kämpfende Jugend, die sich mit der Miliz schlägt,
- die Gruppe Frieden und Freiheit, eine bunte alternative Sammlungsbewegung, in der z. B. Kriegsdienstgegner Aktionen gegen Kriegs-



Jugendliche in Polen

Keine rosige Zukunft

spielzeug machen,
- die Konföderation Unabhängiges Polen. Ihr Programm heißt: Russen raus aus Polen!

- die Orangene Alternative. Sie macht Happenings, Politikarneval auf der Straße. Ihr Programm: Der Miliz eine lange Nase drehen!

Aber wo liegen die Sympathien der schweigenden Mehrheit, die sich wie in jedem Land nur mäßig für Politik interessiert? *"Selbstverständlich bei der Solidarnosc"*, erklärt mir eine Warschauer Studentin. *"Das heißt aber nicht"*, rückt sie zurecht, *"daß ich immer deren Ansicht habe."* Sie schießt bereits jetzt auf die nächsten Wahlen in vier Jahren. *"Bis dahin haben wir ein Mehrparteiensystem. Dann habe ich mehr Wahlmöglichkeiten, bislang gab es ja keine große Alternative."*

Im Warschauer Hauptquartier des Bürgerkomitees, des politischen Armes der Solidarnosc, treffe ich dessen Pressesprecher Jacek Moskwa. *"Welche Zukunft hat die Solidarnosc?"* frage ich ihn.

"Die Solidarnosc ist in erster Linie eine Gewerkschaft. Wir planen nicht, eine politische Partei zu führen. Es wird viele neue Parteien geben, und diese Parteien werden von uns die Verantwortung übernehmen."

Das Bündnis der Opposition splittert sich auf. Wie es weitergehen wird, ist ungewiß. Nur eines ist klar: Die Zukunft Polens gehört nicht den Kommunisten. Die Handvoll Jugendliche, die heute noch in die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) eintritt, wird von ihren Altersgenossen müde belächelt. *"Was sagen denn deine Freunde über dich?"* frage ich Boguslaw, 21, Parteimitglied in der Probezeit. *"Das interessiert die nicht"*, reagiert Boguslaw trotzig und schnell. *"Das ist meine Privatsache."* *"Okay, aber ich möchte es wissen: Warum bist du Kommunist geworden?"* *"Ich habe immer gerne so Sachen gemacht"*, sagt er spöttisch. *"Sachen ohne Chancen."*

Keine Chancen. In den 80ern sind eine halbe Million Polen ausgewandert, meist

junge Leute mit guter Berufsausbildung. Inzwischen glauben sogar zwei Drittel aller Jugendlichen, daß sie keine Chance haben, ihre Lebensziele in der Heimat zu verwirklichen. Sie wollen in den Westen, die meisten allerdings nur für kurze Zeit.

Zwei Monate habe sein Freund in der Bundesrepublik bei einem Wanderzirkus gearbeitet, erzählt mir ein polnischer Bekannter. Gegen freie Kost und Logis, bei geringem Lohn. In Polen hat er seine D-Mark in die einheimischen Zloty umgetauscht.

Von dem Gewinn wird er in Polen fünf Jahre leben können. In Polen herrscht Inflation. Die Preise verdoppeln sich fast monatlich. Die Löhne steigen zwar auch, aber immer nur zum Monatsanfang, am Monatsende ist das Geld nur die Hälfte wert. Zum Einkaufen muß man Anstehen, viele Produkte sind überteuert oder ewig ausverkauft. Die jungen Polen flüchten aus einem Land, daß nach jahrelanger Mißwirtschaft ausgeblutet ist, und mit seiner Jugend verliert die polnische Nation ihre Zukunft.

Die Reformer sind sich einig, daß Polen mehr Marktwirtschaft braucht und dann langfristig alles besser wird. Kurzfristig wird es den Menschen aber schlechter gehen. Unrentable Betriebe werden pleite gehen, ihre Mitarbeiter arbeitslos. Nach der Abschaffung von Subventionen werden viele Produkte noch teurer werden. Armut droht, vielleicht auch Hunger. Die verantwortlichen Politiker, auch die der Solidarnosc, werden den Zorn der Menschen auf sich ziehen. Es wird Plünderungen, Streiks und Unruhen geben. Polens Jugend ist um ihre Zukunft nicht zu beneiden.

Daniel Blum

KEIN AUTO, KEIN FAHRRAD UND KEIN URLAUB MEHR OHNE DIESEN STICKER!

medico international will die Kampagne »Shell betankt die Apartheid« wirkungsvoll fortsetzen: in allen deutschen Ländern und europaweit. Zusammen mit allen, die schon beteiligt sind, und den Jugendverbänden, Gewerkschaften, Vereinen & Gruppen, die wir hiermit zum großen Mitmachen auffordern.

Die Sticker gibts für schlichte 1 DM pro Stück, bei Orders ab 50 Expl. für 0.50 DM pro Stück. (Ø 10 cm)

(Bei medico zusätzlich kostenloses Material über die Apartheid in Südafrika)

Bestellungen:

medico international

Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1

Tel. 069/4990041/2

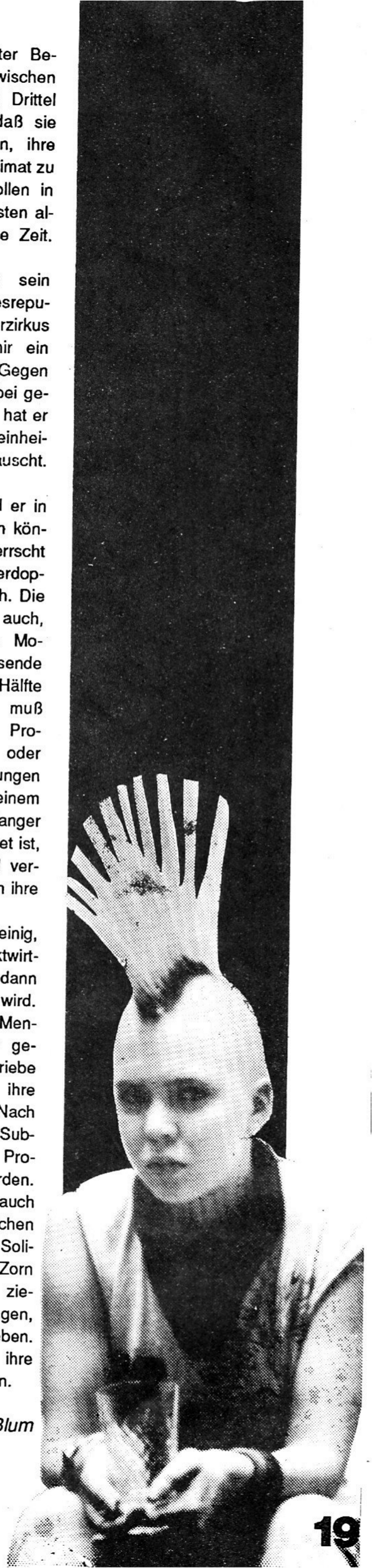
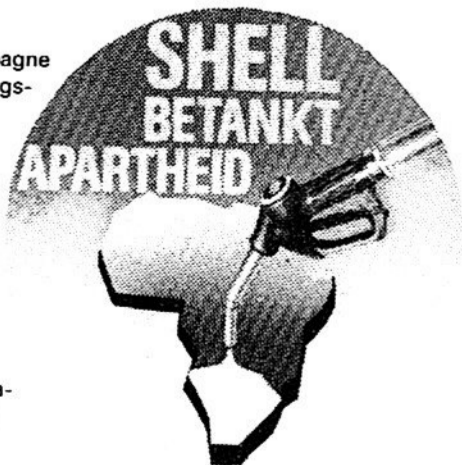
aej

Porschestraße 3
7000 Stuttgart 40

BDKJ

Postfach 320520
4000 Düsseldorf 30

(Zur Weiterverbreitung dieses Aufrufes bitten wir um Spenden unter dem Stichwort »Shellanzeige« auf das medico-Konto 1800 Frankf. Sparkasse oder Postgiro 6999-508 Köln)



dit & dat

KURZES LEHRBEISPIEL FÜR INTERESSEN-GELEITETE REALITÄTSWAHRNEHMUNG

Zweimal wurde er von der Zeitschrift "Time" zum "Man of the Year" gewählt (1978 und 1985) und Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt meinte über ihn, man müsse "wahrhaftig kein Kommunist sein, um zu erkennen: Deng Xiaoping überragt in den achtziger Jahren dieses Jahrhunderts alle anderen Staatsmänner der Welt". Er habe "das von Mao Zedong hinterlassene Chaos aufgeräumt" und "pragmatische Vernunft an die Stelle einer zugleich eifernden und brutalen ideologischen Rechthaberei gesetzt" (H. Schmidt in seiner Einleitung zum Deng-Buch: "Die Reform der Revolution. Eine Million Menschen auf dem Weg", 1988). Er sei "in China der Inbegriff von Vernunft, Augenmaß, Pragmatik" (FAZ, 26.7.77) und habe "einen unchinesischen, man darf ruhig sagen, westlichen Charakter" (H. Kremp in der "Welt", Nov. 78), denn unter Deng "soll es keine Partei-Despotie mehr geben, sondern vielmehr Recht und Gesetzlichkeit" (nochmals H. Schmidt - diesmal in der "Zeit" vom 5.4.1989). Und: "Deng-Pragmatismus statt Mao-Voluntarismus - dies ist Chinas Zeitgeist", so K. Grobe von der Frankfurter Rundschau (FR, 19.9.1985). Jetzt hat der so bejubelte Deng "die Blutspur eines Dschingis Khan des Zwanzigsten Jahrhunderts" (ders., FR, 6.6.89) hinterlassen. Wie das? Kein Problem, nicht wahr Karl Grobe: "Ein Fehler blieb Deng, wie Mao, nicht erspart: Er konnte nicht rechtzeitig aufhören" (ebenda). Mit diesem Fehler ist er nicht allein.

Global denken und lehren - lokal handeln

Das ist der Titel der Dokumentation vom II. Internationalen Pädagoginnen-Friedenskongreß 1988 in Bonn. Das Vorwort des Buches verspricht: "... Wer als Mitglied einer Friedensgruppe nach neuen Anregungen für die Arbeit sucht, wird sie auf nahezu jeder Seite mehr oder weniger ausformuliert finden und die Qual der Wahl haben..."

134 Seiten, DM 10,-, zu beziehen durch: Prof. Dr. Wolfgang Popp, Gesamthochschule Siegen, Fachbereich 3, Postfach 101240, 5900 Siegen.

ERFOLG FÜR KURDISCHE INITIATIVEN

In einem Treffen zwischen dem Mainzer Ausländerbeirat, den Mainzer Jungdemokraten und dem Oberbürgermeister der Stadt Mainz Weyel (SPD) Ende Juli sagte letzterer nach mehr als einjährigen Verhandlungen schriftlich zu, daß die in Mainz lebenden Kurden in Zukunft ihren Kindern kurdische Vornamen geben dürfen. Dies war bisher nicht möglich, da die Standesämter mit türkischen Namenslisten operierten und kurdische Vornamen nicht anerkannten. Die Stadt Mainz ist damit die erste Stadt in der BRD, die die Kultur und Identität der Kurden auf diesem Wege anerkennt. Die Anerkennung kam trotz großen Widerstands des türkischen Konsulats und der ihm zur Verfügung stehenden politischen Kanäle zustande. Für die kurdischen Initiativen ist dies ein großer Erfolg. Die Mainzer Jungdemokraten, die in beharrlicher Kleinarbeit die Kapitulation der Bürokratie erzwangen, hoffen, so Wolfgang Taul, zuständig für Ausländerarbeit im Kreisvorstand, auf die Signalwirkung der Mainzer Entscheidung.

WANDZEITUNGEN

Zu den Themen "Militarisierung des Weltraums", "Laserwaffen" und "Verbot von Kernwaffenversuchen" hat das "Forum Naturwissenschaftler für den Frieden und Abrüstung" Wandzeitungen in DIN A 1-Querformat erstellt.

Bezugsanschrift: Friedrich-Ebert-Straße 114, 4400 Münster, Telefon 0251/76093



„HANDLANGER...“

Eine Presseerklärung der Dürkheimer Jungdemokraten zur Behandlung von Sinti und Roma in Bad Dürkheim, in der die Jungdemokraten der "Rheinpfalz" u. a. vorwarfen, "Handlanger einer offen rassistischen Strömung" zu sein, kommentierte die pfälzische Postille in ihrer Ausgabe vom 21. Juni 1989 wie folgt:

"... Mit Pauschalierungen sollten im übrigen auch die Verantwortlichen mancher politischer "Junggruppen" vorsichtiger umgehen, wenn sie etwa behaupten, daß "die Umwelt mit Düngemitteln systematisch vergiftet wird" oder daß "die Sinti und Roma mit legaler Arbeit ihren Unterhalt bestreiten". Für die meisten Sinti mag das ja zutreffen, bei den tausenden von Roma, die in den letzten Jahren speziell aus den Ostländern in die Bundesrepublik kamen, scheinen diese offenbar ideologisch fundierten Behauptungen doch - wie gesagt - allzu pauschal und zu optimistisch formuliert..."

Die coole Nummer 030
- 216
2346



Nach der letzten "coolen Nummer" kamen Klagen, daß immer nur dieselben Personen Erwähnung finden. Und tatsächlich, in den bisher zwei Folgen wurde Marion Mück-Raab zweimal, JoAchim Biermanski, Michael Kruse, Coni von Meding, Imke Roebken, Dirk Scheelje, Ernst-Christoph Stolper und der Autor dieser Zeilen je einmal erwähnt. Wir entschuldigen uns in aller Form bei ..., ... und Sobald Ihr auffällig werdet, werden wir umgehend die vollen Namen einsetzen. Und wenn Ihr niemand findet, der oder die für Euch anruft und den Klatsch oder das Ereignis weitergibt: Unser Anrufbeantworter zeichnet auch anonyme Anrufe auf. 030-2162346.

Auf anonyme Anrufe kann unser neuer Bundesvorsitzender Markus Büchting verzichten, der sich als ein wahrer Fan der "coolen Nummer" entpuppte. Kaum ein Telefongespräch mit ihm endet ohne die scheinbar beiläufig-unbeteiligte Frage, "was es denn, äähm, sonst noch neues gäbe". Aber wenn wir auf dieses Niveau absinken, dann würden ja wirklich immer nur dieselben Namen auftauchen.

Thomas Hetzer



Schwule in der BRD

"Für die Homosexuellen ist das Dritte Reich noch nicht zu Ende", schrieb der Religionshistoriker Hans-Joachim Schoeps 1963¹. Bei aller polemischen Überspitzung lag in diesem bitteren Satz einige Wahrheit. In wenigen Politikfeldern hielt die junge Bundesrepublik so ungeniert und offen an nationalsozialistischen Traditionen fest, wie in der staatlichen Unterdrückungspolitik gegen Schwule. Sicher, die Schrecken der Konzentrationslager waren endgültig überwunden, überlebende schwule KZ-Opfer wurden aber weiterhin nicht als politisch Verfolgte, sondern als Kriminelle behandelt und von Entschädigungsleistungen ausgegrenzt. Noch heute gilt im Entschädigungsrecht als herrschende Meinung: "Homosexuelle seien "zwar häufig als politische Gegner behandelt und in ein Konzentrationslager eingeliefert" worden. "In Wirklichkeit beruhten die gegen sie ergriffenen Maßnahmen jedoch auf Gründen der Sicherheit, der Ordnung und ähnlichen Gründen, die mit einer echten politischen Gegnerschaft nichts zu tun haben,"² Auch der neue Härtefonds zur NS-Entschädigung - von der Bundesregierung 1988 nach jahrelangen Protesten von Verfolgtenverbänden zähneknirschend eingerichtet - schreibt die Ausgrenzung, die Aufspaltung in "Opfer erster und zweiter Klasse" fort. Unter restriktiven Zugangsbedingungen kann nun zwar auch ein Teil der verfolgten Schwulen ein lächerlich geringes Almosen erhalten, eine umfassende Entschädigung und vor allem ihre soziale Rehabilitation als politisch Verfolgte wird schwulen NS-Opfern aber nach wie vor verweigert³.

Bestehen blieb nach 1945 auch die Totalkriminalisierung von (männlicher) Homosexualität. 1935 hatten die Nazis den alten, noch aus dem Kaiserreich stammenden, § 175 RStGB in der Tatbestandsfassung wie im Strafmaß extrem verschärft⁴. Während die DDR nach dem Kriege wenigstens zur liberaleren Weimarer Regelung zurückkehrte, blieb in der BRD der Naziparagraph 175 unverändert in Kraft. Durchschnittlich 2.900 Männer wurden in den 50ern jährlich nach Nazirecht verurteilt, dreimal soviel wie in Weimar oder in Kaisers Zeiten. Im moralinsauereren Aufrüstungsklima der Adenauer-Ära sollten die Verheißungen der nunmehr "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" für Schwule keine Geltung haben. 1957 legitimierte das Bundesverfassungsgericht die staatliche Schwulenhatz und urteilte, die Verschärfung des § 175 im Jahre 1935 sei "ordnungsgemäß zustande gekommen" und nicht "in dem Maße nationalsozialistisch geprägtes Recht, daß (ihr) in einem freiheitlich-demokratischen Staate die Geltung versagt werden müsse" und befand: "Gleichgeschlechtliche Betätigung verstößt eindeutig gegen das Sittengesetz." Gegenüber der Einhaltung dieses christlichen Sittengesetzes habe aber das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit zurückzutreten⁵. Erst 1969 konnte sich die BRD dazu durchringen, Anschluß an den zivilisatorischen Standard Westeuropas zu suchen. Homosexualität unter Erwachsenen wurde straffrei. Auch die zweite Reform 1973 brachte nur eine weitere Abschwächung und keine Aufhebung des Sonderparagraphen. Durch das

Festhalten an einem "Schutzalter" von 18 Jahren bei "homosexuellen Handlungen" (gegenüber der allgemeinen "Schutzaltersgrenze" von 14 Jahren) wurde die rechtliche Ungleichbehandlung von Homo- und Heterosexualität erneut zementiert, greift die Sondernorm massiv in die Selbstbestimmung (insbesondere schwuler) Jugendlicher ein.

Auch heute noch werden nach § 175 über 100 Männer pro Jahr allein wegen ihrer Homosexualität verurteilt. Über das Strafrecht hinaus greift das Fortbestehen einer antihomosexuellen Sondernorm in vielfältiger Weise in die Lebenswelt von Schwulen ein: Polizeibehörden dient der § 175 als Grundlage für Razzien und Personenkontrollen an Schwulentreffpunkten, Justiz und Verwaltungsbehörden leiten aus der strafrechtlichen Sonderbehandlung von Homosexualität die Legitimation ab, Diskriminierung von Schwulen auch in anderen Lebens- und Rechtsbereichen zu sanktionieren. Mit der Begründung, durch das Festhalten am § 175 stufe der Gesetzgeber Homosexualität weiterhin als sozial schädlich und jugendgefährdend ein, wird schwulen Emanzipationsgruppen zum Beispiel immer wieder die Durchführung von Informationsständen verboten, die Nutzung öffentlicher Räume verweigert.⁶

In den zwanzig Jahren nach der ersten Strafrechtsreform hat sich die gesellschaftliche Situation Schwuler dennoch entschieden positiv verändert.

Befreit von der allgegenwärtigen Kriminalisierungsgefahr konnten sich - zumindest in den größeren Städten - eine breitgefächerte schwule Infrastruktur und eine politische Schwulenzbewegung entfalten. Anstelle des Repressionskonsenses der frühen BRD hat sich eine vorsichtige und in vielen Bereichen noch sehr brüchige Toleranzhaltung zum gesellschaftlichen Leitbild im Umgang mit Homosexuellen entwickelt. Die politische Entwicklung hinkt dem allerdings hinterher. Offen schwule Männer sind zwar bis in die Lindenstraße vorgeedrungen, angesichts vielfältiger gesellschaftlicher Diskriminierungsfelder (z. B. in der Arbeitswelt) bleibt schwule Emanzipation bislang dennoch eine elitäre Erscheinung. Bestehen blieb auch ein beträchtlicher Bodensatz an Homosexuellenfeindlichkeit in der Gesellschaft (noch 1987 stuften 14 Prozent der Bevölkerung Homosexualität als "sehr schlimm", 21 Prozent als "ziemlich schlimm" ein), die durch die AIDS-Krise

wieder an Bedeutung gewinnt⁷, geschürt von Hetzparolen der Rechten ("Bei Schweinepest opfert man die Schweine"⁸).

Die offizielle Politik in der BRD hüllt sich hierzu in Schweigen, während anderswo in West- und Nordeuropa strafrechtliche Sonderbestimmungen gegen Homosexualität fielen, von Parlamenten und Regierungen eine explizit schwulen- und lesbische Sozial- und Rechtspolitik erkämpft werden konnte (Anti-Diskriminierungs-Gesetze, rechtliche Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften), erscheint die BRD immer noch als schwulenpolitisches Entwicklungsland, wirkt der deutsche Sonderweg des Faschismus in der "Homosexuellenfrage" bis heute fort, wird - wenn auch mit subtileren Mitteln - an der Strategie gesellschaftlicher Eindämmung schwuler Emanzipation festgehalten.

Günter Dworek

1) Schoeps, Hans-Joachim: Überlegungen zum Problem der Homosexualität, in: Der homosexuelle Nächste. Ein Symposium, Hamburg 1963, S. 74-114, S. 86

2) Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesminister der Finanzen, Bd. 4, München 1981, S. 13 f.

3) vgl. Dworek, Günter: Fortgesetzte Ausgrenzung, Zur Situation schwuler NS-Verfolgter, in: NS-Verfolgte, 40 Jahre ausgegrenzt und vergessen, Dokumentation einer Anhörung vom 18. Februar 1989 in Münster, hrsg. von DIE GRÜNEN im Landschaftsverband Westfalen/Lippe, GAL/GRÜNE Münster, S. 87-90

4) Zwischen 1880 und 1935 wurde aus heute nur noch willkürlich anmutenden Gründen nach ständiger Rechtssprechung des Reichsgerichts der Tatbestand des alten § 175 "nur" bei sog. "beischlafähnlichen Handlungen" (z. B. Anal- oder Oralverkehr) als erfüllt angesehen, während andere Sexualpraktiken (insbesondere gegenseitige Onanie) straflos blieben.

5) Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, Bd. 6, Tübingen 1957, S. 41 ff.6) Vgl. Reuband, Karl-Heinz: Über gesellschaftlichen Wandel, AIDS und die Beurteilung der Homosexualität als moralisches Vergehen, Eine Trendanalyse von Bevölkerungsumfragen der Jahre 1970 bis 1987, in: Zeitschrift für Soziologie 1/1989, S. 65-738)

6) Nation Europa 3/1988, S. 65

AIDS? Alles (un)klar!

Wenn wir "AIDS" hören, "wissen" wir Bescheid. Ist 'ne Virusinfektion, die vorwiegend auf sexuellem Wege übertragen wird und durch mittlerweile drei bekannte Varianten des HI-Virus verursacht wird. Wenn die Krankheit erstmal da ist, stirbt man im Normalfall. Wie wir uns schützen können, "wissen" wir natürlich auch. Entweder leben wir in einer strikt monogamen Beziehung mit einem nicht-infizierten Menschen zusammen oder benutzen Kondome.

Was "wissen" wir noch über AIDS? Richtig, daß es uns "alle angeht". Als politisches Phänomen? Beileibe nein, als unmittelbar Leib und Leben bedrohende Gefahr vielmehr. Natürlich ist das alles so. Und trotzdem, meine Absicht, das Glaubensbekenntnis um HIV=AIDS und AIDS GEHT UNS ALLE AN, wie es von der regierungs - und parteiübergreifenden Propaganda verkauft wird, zu erschüttern, bleibt bestehen und soll nun begründet werden.

Geht "AIDS uns alle an"?

Allen anderslautenden Gerüchten zum Trotz, die Verteilung der Erkrankungsziffern ist seit Jahren stabil geblieben. Zu fast 75% sind schwule und bisexuelle Männer betroffen, circa 10% FixerInnen, 5% BluterInnen. Ganze 3,2 % aller Betroffenen waren im Mai 1988 laut Angaben des Bundesgesundheitsamtes heterosexuelle Menschen, die sich bei Angehörigen der vorgenannten Randgruppen vermutlich infiziert haben. Seit Jahren wird in den wildesten Horrorszenarien der drohende "Einbruch in die heterosexuelle Bevölkerung" prophezeit, allen voran im Spiegel und den Verlautbarungen des AIDS-Beauftragten der bayerischen Landesregierung Michael G. Koch. Faktisch hat er nicht stattgefunden. Es gibt gute Gründe, davon auszugehen, daß er auch nicht stattfinden wird. Da ist zum einen die Tatsache, daß trotz riesiger Bemühungen kaum weibliche und männliche Prostituierte aufgetrieben

Memminger Ur

Im Mai d. J. wurde der Gynäkologe Dr. The Hiermit soll ein Präzedenzfall geschaffen und des bestehenden § 218 StGB durchgesetzt. Dieser Prozeß diente zur massiven Einschüchterung des Staat klar, wer hier über Leben und Körperverfügungsvorgang aus jüngster Zeit in Koblenz wurde.

In unser all
darf dieses Urteil nicht

Um die immensen Kosten für Prozeß und Rechtsanwaltskosten dringend SPENDEN benötigt:

Solidaritätskonto Dr. Theissen, B
BLZ 700 101 11 - 8

Streichung
Für das Selbstbestimm

werden konnten, die HIV-Antikörper-positiv waren oder AIDS-krank. Die wenigen, die man ergattern konnte, spritzen sich in fast 95 % der Fälle intravenös Drogen. Wenn es sich bei AIDS um eine Krankheit handeln würde, die tatsächlich auf sexuellem Wege übertragen wird, liegt nichts näher, als sich bei Prostituierten umzuschauen. Allen Hoffnungen zum Trotz, es gibt so gut wie keine Frauen und Männer, deren HIV-Infektion oder AIDS-Manifestation auf ihren Beruf zurückgeführt wird.

Widersprüchliche Studien über Sinn und Unsinn kondomisierter Sexualität gibt's wie Sand am versifften Meer. Die einen konstatieren, daß die Gummis nicht ausreichen, die "Durchseuchung der Gesellschaft" zu stoppen, weil's mit den Teilen zu oft schief geht. Mehr als eine Verlangsamung der Ausbreitung sei nicht drin. Nancy Padian und ihr Forschungsteam aus Berkeley kommen zu einem anderen, verblüffenden Resultat: "Weder der Kondomgebrauch, noch die absolute Anzahl von SexualpartnerInnen seit 1978, noch die im Verlaufe des Lebens zugezogenen auf sexuellem Wege übertragenen Krankheiten standen in einem Zusammenhang mit einer Infizierung." - Und das bei einer Krank-

heit, die angeblich auf sexuellem Wege übertragen wird. Bis...er mußten wir ja davon ausgehen, "daß ungeschützter Geschlechtsverkehr" mit Infizierten schon fast dem Selbstmord gleichzusetzen, mithin tierisch gefährlich ist. Woran mag es liegen, daß alle Studien über diese dramatischen Akte zum gleichen Ergebnis kamen. Infiziert haben sich nur diejenigen, die's nicht so oft getrieben haben. "Im Mittel hatten die infizierten Ehepartner seltener Geschlechtsverkehr als diejenigen, die seronegativ blieben. ... Elf Frauen mit mehr als zweihundertmaligen Geschlechtsverkehr mit dem infizierten Mann blieben seronegativ." Nicht genug mit solch sonderlichen Ergebnissen. G. Saeger u. a. kommen für schwule Paare mit je einem infizierten Partner zu ähnlich verblüffenden Ergebnissen. "Als Erklärung für die ausgebliebene Ansteckung kommen besondere Vorsichtsmaßnahmen nicht in Frage (safer sex), da sie in den vorliegenden Fällen außer acht gelassen wurden und so der bislang seronegative nach dem bisherigen Verständnis massiv exponiert war. Es ließ sich in fünf Fällen dokumentieren,

daß der seronegative Partner in mehr als hundert Fällen rezeptiven Analsexverkehr hatte."

Wenn wir schon beim Wundern sind. Nur noch verwundern können Kommentare wie einer den sich Andreas Salmen, Jungdemokrat aus Berlin, in der taz geleistet hat. Er empfiehlt den Einsatz von AZT, einem Mittel, das die Virus-Replikation herabsetzt, in der nur positiven Phase ohne Erkrankungsmanifestation. Ein Ratschlag, der erfreulicherweise von keiner/m Mediziner/in aufgenommen wurde und unter der Rubrik AIDS-Hysterie abzuhaken ist. Überhaupt scheint das metaphysische Virus AIDS, das zu keinen körperlichen aber sehr wohl mentalen Schäden führt, gegenwärtig gefährlicher zu sein als die reale Krankheit. Das gilt nicht nur für panische Schwule, sondern ungleich mehr noch für die restlichen AIDS-PhobikerInnen und HysterikerInnen, die zu einer immer größeren Gefahr werden. In den USA hat zwischenzeitlich die Zunahme der Erkrankungsziffern drastisch abgenommen. Wie man will, darf man die Ursachen hierfür darin "entdecken", daß die "Risikogruppen bereits durchseucht sind" oder aber, daß die safer Sexualität so durchschlagende Erfolge erzielt hat. Wenn du mich fragst, falls die behaupteten Übertragungsmechanismen stimmen (daran zweifle ich allerdings), dürfte das erstere plausibler sein. Wichtiger ist etwas anderes, nämlich die Tatsache, daß sich die prozentuale Verteilung der Erkrankungsziffern auf die bereits genannten Randgruppen nicht verändert hat. Vielmehr als die Legende von der "Gefährdung der Gesamtbevölkerung" bleibt wohl nicht übrig, sieht man sich die Fakten genauer an, die das "AIDS-geht-uns-alle-an"-Dogma belegen sollen, aber eben nicht können.

HIV = AIDS?

Zu meinen Zweifeln an dieser einfachen Rechnung, nur zwei Belege, die aufzeigen sollen, daß auch in diesem Bereich die Ergebnisse alles andere als gesichert sind. Die Molekularbiologin Regine Kollek etwa schreibt hierzu: "Eine Infektion mit Retroviren (HIV-Viren, U.S.), die (wie HIV) keine eingebauten Krebsgene besitzen, reicht in der Regel nicht aus, um Zellen in einen krankhaften Zustand zu überführen. Bei HIV tritt der Höhepunkt der Virusvermehrung im Blut und im Immunsystem und damit die

eil muß fallen !

ssen wegen "illegaler Abtreibung" verurteilt. Eine weitere Verschärfung in der Auslegung werden.

chterung aller Frauen. Eindeutig machte der von Frauen entscheidet! Ein ähnliches Ermittlungsverfahren zeigt, welcher Stein hier in's Rollen gebracht

er Interesse

ht bestehen bleiben!

visionsverfahren aufbringen zu können, wer-

ank für Gemeinwirtschaft München,
ö.-Nr. 1700 678 604

des § 218 ! nungsrecht der Frau !

direkten pathogenen Effekte innerhalb weniger Wochen nach der Infektion auf, während das Immunschwächesyndrom erst nach Jahren zum Ausbruch kommt. Für solche späteren Effekte existiert im Virusgenom nach heutiger Erkenntnis keine genetische Information."

Der behauptete Zusammenhang zwischen HIV und AIDS ist alles andere als klar. Der Krebsforscher und Virologe Peter H. Duesberg (Berkeley) schreibt als Ergebnis seiner Studien: "Es ist schlußzufolgern, daß das AIDS-Virus nicht hinreichend ist, um AIDS zu erzeugen, und daß bis heute keinerlei empirische Evidenz für die Annahme besteht, abgesehen von seiner Präsenz in einer latenten Form, daß es notwendig für AIDS ist. ... Die Krankheit würde dann von einem bis dato unbekanntem Wirkstoff verursacht, der nicht unbedingt ein Virus sein muß."

Was will dieser Beitrag?

Erstens: Aufzeigen, daß die behaupteten Übertragungsmechanismen sich nicht durch die empirischen Fakten belegen lassen.

Aufzeigen, daß die sich in Europa und den USA von Land zu Land bzw. Bundesland zu Bundesland signifikant unterschiedliche Ausbreitung nicht erklären läßt. Daß in den USA sogar die betroffenen Gruppen von Stadt zu Stadt fundamental differieren, ist unverständlich.

Die Notwendigkeit aufzeigen, auch unwahrscheinliche Möglichkeiten, wie zum Beispiel die in der Times Mitte letzten Jahres in einem Leitartikel des Wissenschaftsredakteurs Pearce Wright diskutierte künstliche Ausbreitung von AIDS in der sog. "Dritten Welt" durch verseuchte Pockenschutzimpfungsseren der Weltgesundheitsorganisation nicht nur in Erwägung zu ziehen, sondern öffentlich zu problematisieren. Das könnte dann die Überlegungen hinsichtlich der "wild vögelnden Nigger" ad acta legen, die hier heute kursieren, um zu "erklären", daß die Ausbreitung dort völlig anders verläuft als hier.

Zweitens: Aufzeigen, daß nichts weniger klar ist, als daß "AIDS uns alle angeht". Im Gegenteil, es spricht alles dafür und nichts dagegen, daß AIDS in der sog. "Ersten Welt" ein Problem der heute betroffenen Randgruppen bleiben wird.

Drittens: Die Notwendigkeit klarmachen, die psychologisch bedingten Denkbarrrieren wieder einzureißen, die dazu geführt haben, daß die meisten von uns zwischenzeitlich Opfer jener mentalen Viren geworden sind, die sich in Ge-

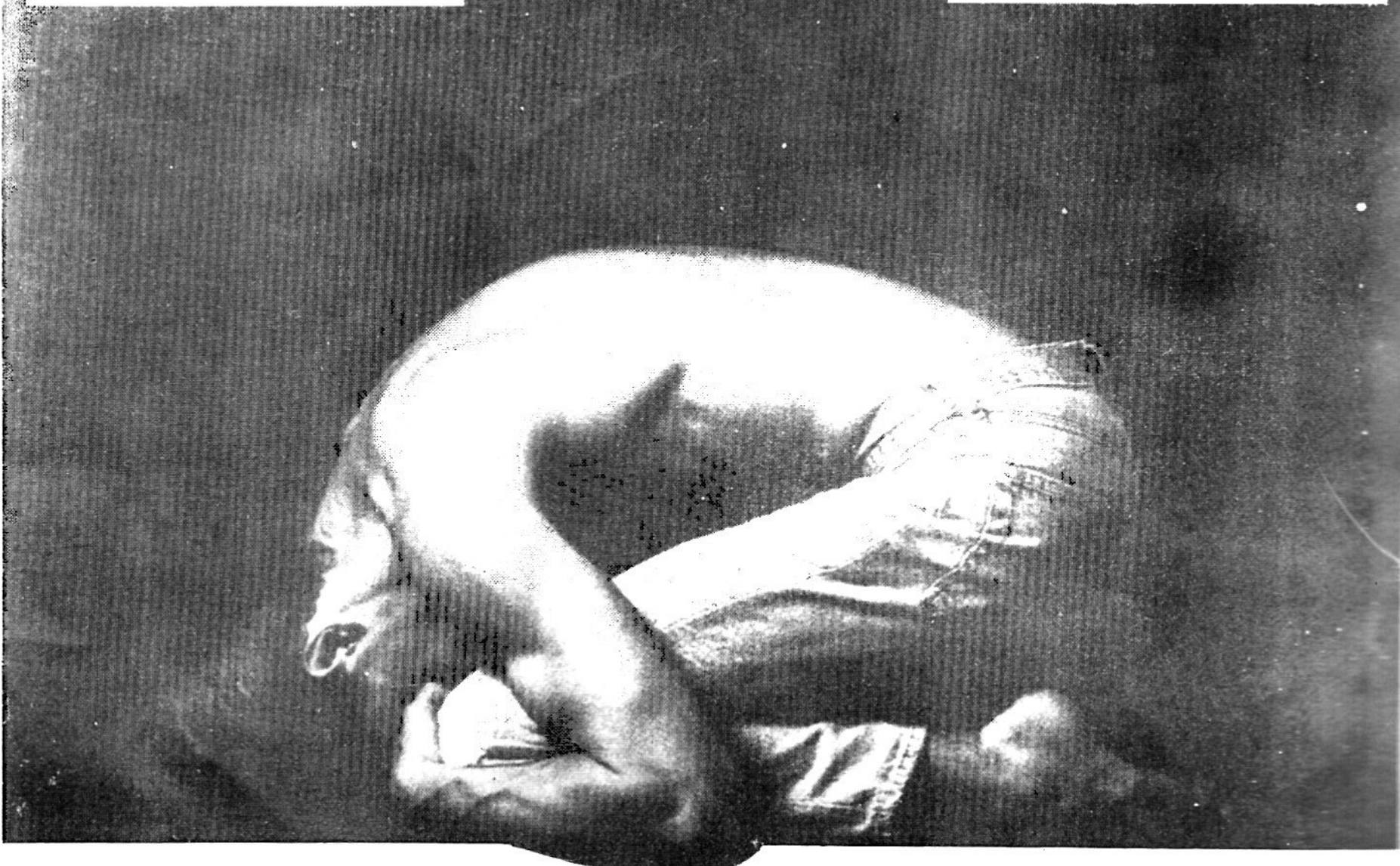
hirnen einnisten.

Die Notwendigkeit klarmachen, bereits heute darüber nachzudenken, wenn es sich als wahr herausstellen wird, daß es nicht "überschwappt". Dann erst wird's richtig problematisch, für diejenigen Randgruppen nämlich, die dann noch nicht aus dem Schneider sind und nicht mehr nur gesundheitlich, sondern vermutlich ungleich stärker noch durch den Mob bedroht sind. Wie also kann es gelingen, die Linke für das Problem AIDS als Menschenrechtsproblem des Bereichs Grund- und Freiheitsrechte zu mobilisieren?

Viertens: Betonen, daß über all den oben gestellten Fragen nicht die Suche nach den Ursachen von AIDS vergessen werden darf. Dies umso mehr, als sich das schwachsinnige Konstrukt der Krankheit - die von "schwulen Niggern aus Afrika" über den Rest der Welt verbreitet worden sein soll, nachdem sie mit afrikanischen grünen Meerkatzen gevögelt haben - als falsch herausstellte, wie selbst AIDS-Papst Montagnier einräumt.

Fünftens: Davor warnen, den KatastrophenpolitikerInnen von CDU bis GRÜN das Feld zu überlassen und sie unkritisiert die Notwendigkeit gentechnologischer Großforschung (wg. AIDS) fordern zu lassen bzw. wie letztere das tun, diese wieder als diskussionswürdig zu behaupten.

Udo Schüklenk



Das falsche Wort

Noch im selben Monat der rassenpolitischen Erlasse der Nationalsozialisten vom 8. Dezember 1938 zur "Bekämpfung der Zigeunerplage" mußte Franz Wirbel seine Lehre als Musikinstrumentenbauer abbrechen. Gleichzeitig wurden seine beiden ältesten Brüder nach Mauthausen und Oranienburg deportiert. Er selbst wurde mit allen ostpreußischen Sinti-Familien, die damals größtenteils seßhafte Bauern waren, im Januar 1942 in das Konzentrationslager Bialystok verschleppt, wo über die Hälfte der Inhaftierten durch Hunger und Massenerschießungen umkam. Die Restlichen wurden 1943 über das Juden-Ghetto Brest-Litowsk nach Auschwitz-Birkenau eingeliefert. Dort wurde Franz Wirbel vor der letzten großen Massenvergasung der Sinti und Roma im August 1944 zu den "Arbeitsfähigen" ausselektiert und nach Buchenwald und Dora-Ellrich zum Untertagebau der V-2 Raketen gebracht. Mutter und Geschwister wurden in Auschwitz ermordet. Sein Antrag auf Entschädigung für erlittene Gesundheitsschäden, Vermögensverlust, Schaden im beruflichen Fortkommen und Tod seiner Angehörigen wurde vom bayrischen Landesentschädigungsamt abgewiesen. Er sei bereits 1942, also vor Himmlers "Auschwitz-Erlass" vom 1. März 1943, inhaftiert worden. Eine Verfolgung aus rassistischen Gründen und damit ein Anspruch auf Entschädigung sei deshalb ausgeschlossen.

Über den Antrag von Willi Franz aus Göttingen, der eineinhalb Jahre im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert war, urteilte das Oberlandesgericht Celle: "... daß er nicht aus rassistischen Gründen als Zigeuner inhaftiert wurde, denn dann hätte er schon im März 1943 nach Auschwitz deportiert werden müssen. Da er aber erst im Oktober 1943 nach Buchenwald eingeliefert worden sei, könne ihm das nur als Krimineller geschehen sein."

Eine unfaßbare Logik. Die Beispiele von Franz Wirbel und Willi Franz, die keinen Pfennig Entschädigung für die unter der NS-Herrschaft erfahrenen Grausamkeiten erhielten, sind nicht etwa die negativsten unter der sonst positiven Praxis der Wiedergutmachung, wie dies die

Bundesregierung bei einer Anhörung im Juni 1986 glauben machen wollte, sondern exemplarisch für die Ablehnungspraxis der Wiedergutmachungsbehörden.

Was Juden, die in Konzentrationslagern ermordet wurden und in deutschen Firmen zu Sklavenarbeit gezwungen waren, zugestanden wird, ist bis heute Sinti und Roma und anderen verfolgten Gruppen versagt worden. Etwa eine halbe Million Sinti und Roma fielen der Rassenpolitik der Nazis zum Opfer. Sie wurden in Konzentrationslagern vergast, erschossen, zu Tode gequält. Zehntausende starben durch Deportation, Sklavenarbeit und durch Erschießungskommandos außerhalb der Konzentrationslager in fast allen Teilen des nationalsozialistisch besetzten Europas. Am 2. August 1944 wurden in Auschwitz-Birkenau 4000 Sinti und Roma in einer Nacht liquidiert, einfach vernichtet, weil sie "Zigeuner" waren. Zuvor hatte man alle "Arbeitsfähigen" ausgesondert. Sie kamen in andere Konzentrationslager und von dort aus zum Arbeitseinsatz in Rüstungsbetrieben, wo sie unter den unmenschlichsten Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden.

Alle Bemühungen des Zentralrats der Sinti und Roma für diejenigen, die

überlebten und aus den Lagern entkommen konnten, zumindest finanzielle Entschädigungen zu erreichen, blieben erfolglos. Nach offizieller Darstellung ist der Mord an ca. 500000 Sinti und Roma, ja sogar der Einsatz von ca. 7 Millionen deutschen und ausländischen Zwangsarbeitern nur aus sicherheitspolizeilichen, kriminalpräventiven bzw. aus kriegsrechtlichen und kriegswirtschaftlichen und nicht allein aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen erfolgt. Die Wiedergutmachungspraxis wurde für Sinti und Roma zu einer Art zweiten Verfolgung, zu einer Neuauflage der nationalsozialistischen Rassenideologie und zu deren behördlicher Rechtfertigung. Es blieben nicht nur all die Beamten, die bei den Nazis mit der Verfolgung der Sinti und Roma beauftragt waren, nach dem Krieg im Amt, sondern saßen den Sinti und Roma als Gutachter im Entschädigungsverfahren gegenüber. (Man stelle sich vor, die deutschen Minister hätten die Ansprüche der Juden auf Wiedergutmachung zusammen mit Eichmann, Heydrich und den damaligen Gestapo-Beamten überprüft.)

So wie die Nationalsozialisten und ihre Rasseforscher die "rassistische Minderwertigkeit" der Sinti und Roma und ihr "ortsfremdes Blut" als "asozial und arbeitsscheu" definierten, so war dem Bundesgerichtshof 1956 in einem Grundsatzurteil zu Entschädigungsleistungen dieser Sprachgebrauch der Nazis gerade recht: "Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremden Eigentum, weil



EL SALVADOR

ARENA des Todes

»Matanza«, das große Schlachten, so hieß der Feldzug der salvadorianischen Militärdiktatur (1932) gegen die aufständischen Bauern, der nur wenige Wochen dauerte und unter Aufsicht der vor der Küste stationierten britischen und US-amerikanischen Kanonenboote

35 000 TOTE

hinterließ. - »Warum sollten wir eingreifen«, so der damals kommandierende US-Offizier, »die Regierung hatte doch die Entwicklung fest im Griff.«

70 000 TOTE

sind das vorläufige Endergebnis der christdemokratischen Regierung Napoleon Duarte. Ermordet durch »Todesschwadronen«, bei Flächenbombardements und Massakern der Streitkräfte im Rahmen des US-gestützten Krieges, der von 1979 bis heute andauert.

Mit der rechtsextremen ARENA-Partei haben sich im März die Hintermänner der Todesschwadronen (Armee & Großgrundbesitzer) durch unrepräsentative »Wahlen« selbst an die Macht gebracht. Orlando de Sola, vom »Miami-Clan« der ARENA, redet jetzt vom »totalen Krieg«, der schnell und effektiv zum Ziel käme:

100 000 TOTE

seien innerhalb von sechs Monaten möglich. Das schreckliche Ausmaß dieses staatlich lizenzierten Tötens läßt sich somit jetzt erahnen. Laut wird innerhalb der TODES-ARENA auch schon darüber nachgedacht, daß zur vollständigen »Ausradierung« der politischen Opposition

200 000 TOTE

notwendig seien: Mitarbeiter von Gewerkschaften, Flüchtlingskommissionen, Genossenschaften, Anwaltskanzleien, Krankenhäusern, Universitäten und Menschenrechtsorganisationen.

Mit den »Wahlen für den Krieg« und der Ablehnung der Friedensvorschläge der Opposition wurden dafür jetzt die Weichen gestellt. Geheime Abkommen zwischen der salvadorianischen Armee und der nicaraguanischen Contra lassen das Schlimmste befürchten: nachdem sie ihr blutiges Geschäft in Nicaragua erledigt haben, sollen Tausende von Contrasöldnern die Armee El Salvadors verstärken.

Nur die weltweite und entschlossene Teilnahme auf Seiten der geschundenen Bevölkerung El Salvadors, die in ihrer Mehrheit demonstrativ den »Wahlen« vom März 89 ferngeblieben war, kann den drohenden Massenmord verhindern.

GLEICHZEITIG RUFT MEDICO ZU SPENDEN AUF, DIE DRINGEND BENÖTIGT WERDEN, UM IN EL SALVADOR LANDESWEIT EINE MEDIZINISCHE NOTVERSORGUNGSSTRUKTUR AUFZUBAUEN.

SPENDENKONTO NR. 1800 ODER POSTGIRO SPARKASSE FRANKFURT 6999-508 KÖLN STICHWORT »EL SALVADOR«

medico international, Obermainanlage 7 6000 Frankfurt 1, Tel. 069-4990041 / 2

Dieser Aufruf kann als Plakat sowie in Form von Handzetteln zum Verteilen auch in größeren Auflagen bei medico abgerufen werden.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Entwicklungshilfe für den ARENA-STAAT sofort zu stoppen! Ihre Aufrechterhaltung dient der Ermunterung derjenigen, die die salvadorianische Todespirale fortzusetzen gedenken.

APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG

STOPP DER ENTWICKLUNGSHILFE FÜR EL SALVADOR
Kostenlose Unterschriftenlisten können
in größeren Mengen zum Verbreiten bei uns bestellt werden.

ihnen wie primitive Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist." Solche Richtersprüche - zehn Jahre nach dem Ende desjenigen Staates, dessen "ungehemmter Okkupationstrieb" in Europa 55 Millionen Menschen das Leben kostete - zementierten die Absurditäten der Ablehnungspraxis. Die Flucht in die Illegalität, um der KZ-Deportation zu entgehen, oder das Vorzeigen gefälschter Personalpapiere als Versuch die sofortige Festnahme und KZ-Einweisung zu verhindern, wurden - "da auch in der neuen Bundesrepublik als Straftat geahndet" - nicht als Ergebnis der Rassenpolitik, sondern als kriminelles Verhalten dargestellt. Deportationen wurden zu "Umsiedlungen" bzw. "Verschickungen", aus KZ-Inhaftierungen wurden "Einweisungen aus sozialen Gründen" gemäß des Erlasses vom 14.12.1937 ("vorbeugende Verbrechensbekämpfung" oder "Kriegsinhaftierungen" und ... "somit keine nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen im Sinne des Entschädigungsgesetzes". Viele Antragsteller mußten sich sogar sagen lassen, daß ihr Aufenthalt in deutschen Firmen bzw. Konzentrationslagern "Arbeitstherapie" gewesen sei. Zudem wurde Eigentum und Vermögen nicht aus rassistischen Gründen, sondern "aus Gründen der Staatssicherheit" konfisziert.

Auch die im Rahmen des Völkermordprogramms vollzogenen Zwangssterilisierungen an Sinti und Roma wurden nicht als nationalsozialistisches Unrecht angesehen, "...weil die Durchführung von Sterilisationen im Rahmen des Erbgesundheitsgesetzes aus der Weimarer Zeit angeordnet wurde."

Die jahre- und jahrzehntelangen "Wiedergutmachungsverfahren" vor Behörden, den untersuchenden Ärzten (wegen verfolgtenbedingten Gesundheitsschäden) und vor den Gerichten wurden für die Betroffenen regelmäßig zu einem ergebnislosen Weg der Demütigungen und Erniedrigungen. Fast jedes Mittel schien und scheint den Wiedergutmachungsbehörden recht zu sein, um Sinti und Roma von Entschädigungsleistungen möglichst vollständig auszuschließen: Von der Berufung von "Zigeunerforschern" wie zum Beispiel Eva Justin, die in ihrer Doktorarbeit 1944 ganz offen den Völkermord per Zwangssterilisation verlangte und in den Wiedergutmachungsverfahren die Rassenpolitik Hitlers und Himmlers als

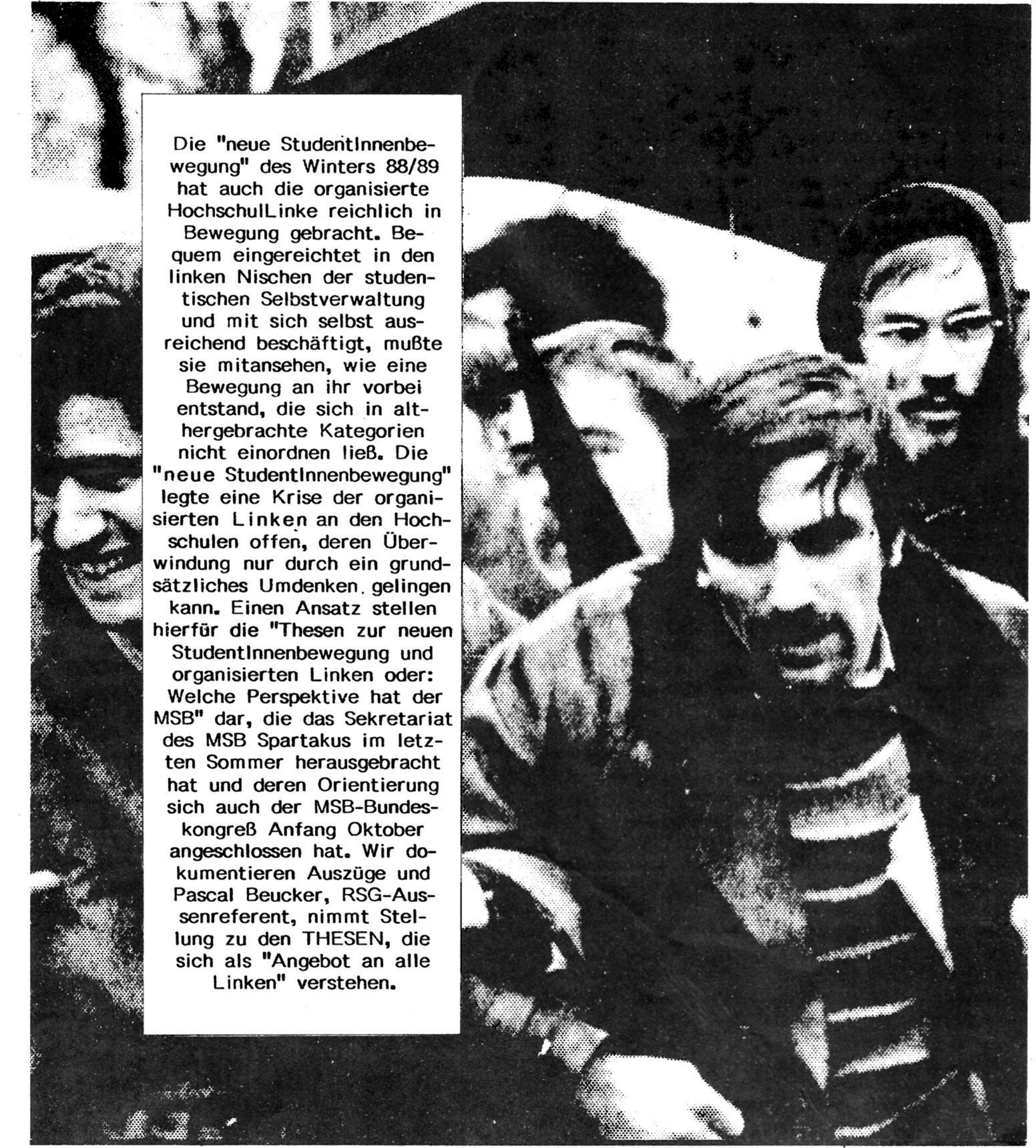
"Kriminalitäts- und Asozialenbekämpfung" rechtfertigte, bis hin zur gezielten Auswahl von Ärzten, die regelmäßig den betroffenen Sinti und Roma, die in Konzentrationslagern und Firmen durch Folter, Mißhandlungen und medizinische Experimente gesundheitliche Folgeschäden erlitten, eine verfolgungsbedingte Erwerbsminderung verneinten.

Gewissenlos führten sie schwere Unterleibserkrankungen nicht auf die Kälte- und Hungerbedingungen in den Konzentrationslagern zurück, sondern auf einen "unsoliden Lebenswandel" bzw. auf das "Zigeunermilieu". Wochenlange Meerwasserversuche, die den Betroffenen schwerste Nierenschäden zufügten - die Männer vom Fach attestierten eine "gute Durchspülung und Reinigungswirkung der Nieren".

Mit derartigen Gutachten versehen war es für die Behörden ein leichtes, Renten und Vergleichszahlungen für Schaden an Körper und Gesundheit abzulehnen. Aufgrund dieser - nur auszugsweise - beschriebenen, auch von den Gerichten bis zum Bundesgerichtshof mitgetragenen Ablehnungspraxis haben viele der Betroffenen überhaupt auf Anträge oder Weiterverfolgung ihrer Entschädigungsansprüche in den fünfziger und sechziger Jahren verzichtet. Nur in den seltensten Fällen - und dann auch nur nach einer Verfahrensdauer von über zwanzig Jahren - kam es zu einer Wiedergutmachung in Form von Vergleichen in Höhe von wenigen hundert oder tausend Mark, die aber - auf die Sozialhilfe angerechnet - vom Sozialamt sofort wieder eingezogen wurden.

Für die wenigen, die heute noch leben, hätte die Bewilligung von Entschädigungszahlungen sowieso nur symbolischen Wert. Als Wiederherstellung ihrer Würde, als Anerkennung des Unrechtes, das man ihnen angetan hat. Wiedergutmachung ist das falsche Wort. Nicht nur, weil selbst der Versuch einer Wiedergutmachung nicht stattgefunden hat und die Bundesregierung bis heute eine Rehabilitierung der Sinti und Roma verweigert, sondern weil das erlittene Unrecht, Erniedrigungen, unvorstellbare Qualen und die Einmaligkeit der Völkermordpolitik durch die NS-Herrschaft einfach nicht - und betreibe man höchste Anstrengungen - wiedergut-zu-machen ist.

Wolfgang Taul



Die "neue StudentInnenbewegung" des Winters 88/89 hat auch die organisierte Hochschullinke reichlich in Bewegung gebracht. Bequem eingereicht in den linken Nischen der studentischen Selbstverwaltung und mit sich selbst ausreichend beschäftigt, mußte sie mitansehen, wie eine Bewegung an ihr vorbei entstand, die sich in altergebrachte Kategorien nicht einordnen ließ. Die "neue StudentInnenbewegung" legte eine Krise der organisierten Linken an den Hochschulen offen, deren Überwindung nur durch ein grundsätzliches Umdenken gelingen kann. Einen Ansatz stellen hierfür die "Thesen zur neuen StudentInnenbewegung und organisierten Linken oder: Welche Perspektive hat der MSB" dar, die das Sekretariat des MSB Spartakus im letzten Sommer herausgebracht hat und deren Orientierung sich auch der MSB-Bundeskongreß Anfang Oktober angeschlossen hat. Wir dokumentieren Auszüge und Pascal Beucker, RSG-Aussenreferent, nimmt Stellung zu den THESEN, die sich als "Angebot an alle Linken" verstehen.

Türen öffnen!

"Indessen ist das gerade wieder der Vorzug der neuen Richtung, daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen. (...) Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikt mit den vorhandenen Mächten."

Karl Marx (MEW 1, S. 344)

Die bundesrepublikanische Linke befindet sich in einem tiefgreifenden Umgruppierungsprozeß. Sie ist unübersichtlicher geworden - alte Fronten brechen auf, neue Konstellationen entstehen, liebgewordene Feindbilder drohen zu zerrinnen. Bei einem Teil der Linken führt dies zu fast panikartigen Reaktionen: Überall sehen sie den Verrat an der reinen wahren Lehre und reagieren mit Abschottung. Sie haben offensichtlich Angst, daß auch bei ihnen immer mehr Leute damit anfangen, Glauben durch Denken zu ersetzen und so auch der eigene Laden in den Strudel der Veränderung gezogen wird.

Diese Angst ist berechtigt, denn die gegenwärtigen Umgruppierungsprozesse haben ihren Ursprung vor allem in der richtigen Erkenntnis innerhalb verschiedener Zusammenhänge der Linken, daß Besitzstandswahrung, Abgrenzungsrituale und das Weiterwurschteln in altbewährter Manier nichts mehr bringen. Ein Beharren auf der alten Logik hat keine Perspektive, führt nur zu einer weiteren Marginalisierung und zu Sektierertum. Michael Stamm hat das auf dem MSB-Programmkongreß im Herbst 1988 auf den richtigen Punkt gebracht: *"Die bisherige Form der Abtrennung, der inneren Diskurse, der inneren Klärung, wird uns nicht weiterbringen. Wir müssen die Türen gegenseitig etwas mehr aufmachen, weil unsere Kräfte immer weniger ausreichen werden, auch nur ansatzweise die Aufgaben, die objektiv da sind, in Angriff nehmen zu können."* Veränderung ist vonnöten - und diese Erkenntnis wird sich weiter durchsetzen.

Der Prozeß der Neuorientierung, den es ja zur Zeit nicht nur bei einem relevanten Teil des "traditionellen" linken Lagers gibt, sondern zum Beispiel auch innerhalb der Linken in den GRÜNEN, sollte jedoch nicht mit der Propagierung

Sinn und Zweck der Thesen

... Diese Thesen sollen streitbarer Impuls für eine breite Debatte über die Zukunft des MSB sein. ...

Gerade in Zeiten des Umbruchs ist ein Denken, das sich marxistischer Theorie und Methode bedienen will, zu Tabufreiheit herausgefordert. ... Was 1971 galt, muß heute im Licht gesellschaftlicher Umbrüche und neuer StudentInnenbewegung wieder zur Diskussion gestellt werden. ...

These 1

Zur Lage: Orientierungssuche nach dem spontanen Aufschwung - Orientierungslosigkeit der organisierten Linken

... Trotz erster Ansätze von ausstrahlungsfähigen Alternativen ... verfügt die organisierte Linke schon seit längerer Zeit nicht mehr über Meinungsführerschaft in der StudentInnenenschaft. ... Und gleichzeitig: Das Interesse an linker Politik in den Hochschulen, an selbstbestimmter, kritischer Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Gesellschaft hat nicht ab-, sondern zugenommen. ...

... Die Tendenz zur Abgehobenheit und Bürokratie wohnt allen Organisationsformen inne. Die organisierten Linkskräfte wirken dem kaum entgegen: Lähmender innerlinker Streik vor Ort, Verfolgung von Organisationsinteressen, Selbstbeschäftigung, Entpolitisierung sind wohl, in welcher Ausprägung auch immer, an den meisten Orten festzustellen. Der organisierten Linken fehlten zeitgemäßes Politikkonzept und effektive Organisationsformen. ...

These 2:

Trotz wichtiger Ergebnisse der Erneuerung: Eine Trendwende in der MSB-Entwicklung konnte nicht erreicht werden - kritische Phase und Keimformen eines neuen Organisationsverständnisses.

Mit dem 10. Bundeskongreß 1987 hat der MSB mit der Erneuerung von Programmatik, Politik und Arbeitsweise begonnen.

Diese Erneuerung hat vor allem die Glaubwürdigkeit und Ausstrahlungskraft des MSB wieder gestärkt. ...

Trotzdem konnte der seit spätestens 1983 rückläufige Trend in der Verbandsentwicklung nicht aufgehoben oder gar umgekehrt werden ...

Parallel zu den Rückgangstendenzen gibt es eine andere Entwicklungstendenz ... , nämlich eine deutliche Verbreitung der Wahllisten Die Erneuerung hat hier spürbar gemacht, daß Vorurteile gegenüber dem MSB relativiert werden. ...

These 3:

Zwei wesentliche Ursachen: Krise der Politik - Glaubwürdigkeitsverlust der marxistischen Organisationen.

Rückgangstendenzen und Krisenprozesse sind zunächst in den meisten Organisationen im Jugend- und StudentInnenbereich zu beobachten Festgefügte Organisiertheit, geschlossene Weltbilder mit Allwissenheitsgestus werden in immer größeren Teilen der Jugendlichen und werdenden Intelligenz abgelehnt. ...

Die tiefe Krise "unserer" Sache

... Die sich beschleunigenden Rückgangsprozesse in den letzten Monaten widerspiegeln vor allem auch den Taumel der kommunistischen Strömung in der BRD. Eigentlich geht es um die tiefe Krise der Glaubwürdigkeit des Marxismus, der marxistisch-kommunistischen Bewegung, deren Kampf um die "höchsten Ideale der Menschheit" mit den zum Teil erschütternden Ergebnissen und tiefen Deformationen im Sozialismus, in der eigenen Programmatik, Politik und Organisation konfrontiert und in Frage gestellt wird. ...

These 4:

Für eine neue Politik und die Reorganisation der Linken!

Aus den Thesen 1-4 ergibt sich zusammengefaßt: Die Linke muß ihre Politik neu formulieren. ... Eine Reorganisation der Linken könnte die Interessen Vieler an kontinuierlichem Engagement, könnte die Ansätze einer neuen Politik ... produktiv machen. Wesentliche Inhalte einer neuen Politik ... könnten kurz gefaßt in folgendem bestehen: Hochschul- und Wissenschaftsbezug ... Feminisierung ... Antikapitalismus.

... Wir verstehen das als Angebot an alle Linken in der StudentInnenenschaft gleichberechtigt und gemeinsam über die Zukunft der StudentInnenbewegung und der organisierten Linken an den Hochschulen in die Diskussion zu kommen.

These 5:

Für eine "Doppelstrategie" der Erneuerung:

Profilierung des MSB - Sammlungsprozeß für die Reorganisation der Linken initiieren!

... 1. Inhalte der Politik erarbeiten - Veränderung von "Hochschule 2000". ...

... 2. Weitere Demokratisierung des MSB. ...

... 3. Sammlungsprozeß für die Reorganisation der Linken initiieren!

Wir schlagen vor, auf dem Bundeskongreß in Auswertung der Diskussion über die THESEN einen Aufruf zu beschließen, der auf einen Kongreß im Frühjahr (Februar oder März) 1990 orientiert. Dieser Kongreß "Perspektiven der organisierten Linkskräfte - Perspektiven der StudentInnenbewegung" soll das bundesweite Forum werden, um über die Inhalte und die Idee der Reorganisation einer handlungsfähigen Linken zu diskutieren und die Möglichkeiten dafür zu prüfen. ...

(Wir haben die THESEN aus Platzgründen sehr stark kürzen müssen, wer den vollständigen Text haben möchte, kann ihn bestellen beim MSB Spartakus, Buschstr. 81, 5300 Bonn. - d. Redaktion)

Dokumentation

einer diffusen "Gemeinsamkeit der Linken" verwechselt werden. Es geht nicht um die Postulierung einer faden linken Einheitsposition, bei der zugunsten eines "Minimalkonsenses" oder einer "Null-Plattform" weitergehende Diskussionen abgebügelt werden (wie dies MSB und SHB im Studibereich über ein Jahrzehnt lang versucht haben). Notwendig ist der produktive Streit um linke Inhalte und Strategien - nur so kann eine fundierte Basis für gemeinsames Handeln gefunden werden.

Gerade auch an den Hochschulen ist ein Umdenken angesagt. Die **THESEN** des MSB-Sekretariats stellen hier einen Einstieg in eine gemeinsame Diskussion dar, der MSB hat damit seine Türen geöffnet - zum Teil noch recht vorsichtig, mit eingebauter Rückzugslinie (siehe z. B. die vorgeschlagene **Doppelstrategie: "Erneuerung des MSB" versus "Sammlungsprozeß zur Reorganisation der Linken"**); zum Teil erstaunlich offensiv. Nach fast zwei Jahrzehnten der dogmatischen Verkürzung des Marxismus, einer poststalinistischen Politikkonzeption klingen Sätze in den **THESEN** wie: *"Gerade in Zeiten des Umbruchs ist ein Denken, das sich marxistischer Theorie und Methode bedienen will, zu Tabufreiheit herausgefordert"* wohltuend ungewohnt. Ein gewisses Maß an Mißtrauen bleibt allerdings, sind es doch die gleichen Leute, die sich noch vor ein paar Jahren durch stockautoritäre Organisationsprinzipien, ein quasi religiöses Politikverständnis und die Diffamierung nicht-dogmatischer linker Ansätze hervorgetan haben, die heute das **"Neue Denken"** propagieren - da sind Zweifel erst mal angebracht. Ist es reales Umdenken oder nur die Erkenntnis, *"daß der schon länger wirkende Entwicklungstrend, sollte er nicht umgekehrt werden, die Existenz des MSB in den nächsten Semestern in Frage stellt"*? Geht es nur um eine geschickte neue Bündnisvariante des alten Stils, quasi eine Weiterentwicklung des *Wehrt-Euch-Listen-Modells* oder darum, zu einem ernsthaften Versuch zu einer Reorganisation der Linken auf einer neuen Grundlage beizutragen.

Die **THESEN** enthalten viel Richtiges: Es gibt eine Orientierungslosigkeit der organisierten Linken aufgrund des Scheiterns der alten Konzepte; wir verfügen nicht mehr über eine Meinungsführerschaft in der StudentInnenschaft (Meinungsführerschaft ist halt nicht

gleichzusetzen mit Stupa-Wahlerfolgen); das Interesse an linker Politik an den Hochschulen hat zwar real nicht ab-, sondern zugenommen, manifestiert sich aber nicht in der Organisierung innerhalb der traditionellen Strukturen. Im Gegenteil: Es gibt eine gehörige Abneigung vieler gegenüber den ausgefahrenen Gleisen der Organisationsformen der traditionellen StudentInnenverbände. Allerdings ist es ebenso richtig, wenn festgestellt wird, daß sich die in den StudentInnenprotesten des letzten Wintersemesters entwickelten Ansätze neuer Strukturen inzwischen weitgehend aufgelöst haben und sie auch nicht als **die** neue Perspektive linker Politik an den Hochschulen tauglich sind. Aus all dem wird in den **THESEN**



die Notwendigkeit eines inhaltlichen und organisatorischen Neuanfangs abgeleitet und plädiert für die Initiierung einer strömungsübergreifenden Sammlungsbewegung. So weit, so gut. Aber: Der politische Standort eines möglichen neuen Zusammenhangs (oder auch eines "erneuerten" MSB) bleibt unbestimmt. Hier wird nur ein Rahmen angegeben, der recht nichtssagend ist: *parteionabhängig, nicht sozialdemokratisch, nicht fundamentalistisch* - was heißt das konkret? Auch die propagierte Entwicklung einer "neuen Politik" ist erstmal nicht mehr als eine Worthülse, da unklar bleibt, was das genauer sein soll und worin sie besteht. Die drei genannten Eckpunkte *"Hochschul- und*

Wissenschaftsbezug", *"Feminisierung"* und *"Antikapitalismus"* sind zu allgemein gehalten, um hier Klarheit zu erreichen.

Ein Fehler, der m. E. in den **THESEN** enthalten ist, liegt in der Herangehensweise, daß häufiger ein für den MSB neues Denken einfach auch für andere Linke gleich mit als "neu" definiert wird. Es ist aber unsinnig, wenn das Brechen mit *"Glaubensbekenntnissen an die Weltanschauung Marxismus"* - präziser wäre: Der stalinistischen Deformation des Marxismus - zu einer **gemeinsamen** Grundlage erklärt wird. Wer bisher schon Marxismus nicht als Ersatzreligion aufgefaßt hat, braucht auch nicht mit diesem religiösen Denken zu brechen. Richtig ist allerdings, daß das Aufgeben solcher Vorstellungen durch den MSB (und dem SHB täte das auch ganz gut) erst für andere die Grundlage für eine Intensivierung der Zusammenarbeit schafft. Hierzu gehört auch das Aufgeben der These, die DKP wäre mit den KommunistInnen in der BRD gleichzusetzen. Dies geistert jedoch auch noch durch die **THESEN**, z. B. wenn dort steht: *"Der MSB war nie eine kommunistische StudentInnenorganisation, sondern eigenständig"*. Warum kann eine kommunistische StudentInnenorganisation nicht eigenständig sein? Warum ist eine Organisation nur dann kommunistisch, wenn sie als DKP-Untergliederung existiert? Ich halte das für dogmatischen Unsinn, für ziemlich "altes Denken": Hat der MSB früher behauptet, die DKP repräsentiere die KommunistInnen in der BRD, um so andere Ansätze zu diffamieren, wird heute die gleiche These immer noch vertreten - diesmal allerdings, um sich von der DKP abzugrenzen. Dadurch wird sie jedoch nicht richtiger.

Die **THESEN** werfen viele Fragen auf, etliches erscheint mir auch noch ziemlich unausgegoren. Es ist klar: Umdenken ist keine Sache von heute auf morgen, sondern ein Prozeß - das gilt nicht nur für den MSB. Daher stellen die **THESEN** erstmal einen Einstieg dar, der genutzt werden sollte. Die nächste Zeit wird zeigen, ob eine gleichberechtigte Diskussion ohne Verbandsbornissen sich entwickeln kann, die tatsächlich die Perspektive der Begründung einer gemeinsamen neuen linken Politik an den Hochschulen beinhaltet.

Pascal Beucker

Aufruf zu einem bundesweiten Kongreß „Perspektiven der StudentInnenbewegung – Perspektiven der Linken“

In Erwägung, daß die Lage an den Hochschulen trotz der studentischen Proteste nach wie vor katastrophal ist, wollen wir über Einschätzungen, Konzepte und Veränderungsstrategien, Formen linker Politik in die Diskussion treten.

Zwar wurden "Sonderprogramme" für die Hochschulen durchgesetzt, diese dienen aber zur gezielten Förderung einzelner Fächer, während sich für die Mehrheit der StudentInnen nichts ändert. Das BAFöG wurde lediglich "repariert" statt grundlegend reformiert; immer neue Modelle zur Studienzeiterkürzung und Umstrukturierung der Hochschulen werden vorgelegt.

Die herrschende Bildungspolitik, so scheint es, will die studentischen Proteste zur Durchsetzung ihrer eigenen Vorstellungen für eine "Modernisierung" der Hochschulen nutzen.

In Erwägung herrschender "Modernisierungsvorstellungen" brauchen wir ein umfassendes Alternativkonzept. Wir sind gefordert Antworten darauf zu finden, wie ein Studium aussehen kann, daß nicht länger "hilfreiche Zwerge" (Brecht) produziert, sondern die gesellschaftlichen und globalen Probleme zum Bezug hat. Hochschulen, die in diesem Sinne "Zukunftswerkstätten" (Robert Jungk) sind, benötigen solidarische Arbeitsformen und emanzipatorisches Lernen.

In Erwägung, daß rechtsradikale und neofaschistische Gruppen verstärkt an den Hochschulen auftreten, plädieren wir für eine umfassende - inhaltliche wie organisatorische - Auseinandersetzung mit dieser Tendenz.

Mit der Etablierung rechtsradikaler Positionen und ihrer Einflußnahme auf Wissenschafts- und Studieninhalte ist zu rechnen. Auch dies unterstreicht die Notwendigkeit linke und emanzipatorische Alternativen in der Hochschulentwicklung durchzusetzen.

In Erwägung, daß Fraueninteressen an der Hochschule und in der StudentInnenbewegung erst noch durchgesetzt werden müssen, wenden wir uns gegen alle patriarchalischen Strukturen an den Hochschulen.

Wir treten ein für das umfassende Selbstbestimmungsrecht von Frauen, für konsequenten Anti-Sexismus und die gleiche Teilhabe von Frauen in Hochschule und Gesellschaft.

In Erwägung, daß dies alles nicht durch vereinzelte "Sonderprogramme" und nicht alleine an den Hochschulen durchsetzbar ist, stellen wir fest, daß grundlegende Veränderungen von Hochschule und Gesellschaft erforderlich sind.

Einige von uns sind in unterschiedlichen linken Zusammenhängen organisiert, andere nicht. Gemeinsam ist uns die Erfahrung, daß sich Formen und Inhalte linker Politik an den Universitäten, Gesamt- und Fachhochschulen verändern müssen und dazu auch bundesweite Zusammenhänge unerläßlich sind. Daher wollen wir die Vereinzelung linker StudentInnen überwinden, innerlinkes Hick-Hack beenden und auch die traditionellen Organisationsgrenzen zwischen den linken Hochschulgruppen in Frage stellen. Wir wollen dabei weder die Verfaßte StudentInnenschaft ersetzen (im Gegenteil: wir fordern ihre gesetzliche Verankerung in allen Bundesländern mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie!), noch einen diffusen linken Einheitsbrei anrühren. Wir wollen autonom, d.h. unabhängig von Parteien arbeiten und linke Politik, die nicht ständisch-borniert ist, sondern sich an der Notwendigkeit grundlegender, antikapitalistischer Veränderungen orientiert, entwickeln.

Wir haben garantiert keine Antwort auf alle Fragen, aber Interesse an einer breiten Diskussion darüber, wie eine Zusammenführung bisher getrennter linker Positionen an den Hochschulen und/oder ein organisatorischer Zusammenschluß linker StudentInnen aussehen könnte.

Wir rufen daher zur Teilnahme an einem bundesweiten Kongreß "Perspektiven der StudentInnenbewegung - Perspektiven der Linken" (Arbeitstitel) am 3./4. Februar 1990 in Dortmund auf!

ErstunterzeichnerInnen: Pascal Beucker (RSG-Außenreferent; VDS-KA), Bernhard Bleckmann (MSB; AStA-Sprecher Uni Dortmund), Frank Brüning (unorganisiert; AStA HWP Hamburg), Jörg Bühler (AStA HWP Hamburg), Stefan Christen (MSB; AStA HWP Hamburg), U-AStA der Uni Freiburg, Winnie Gebker (unorg.; Liste "Lichtblick", FH Köln), Ute Hantelmann (unorg.; AStA FH Hamburg), Hermann Hardt (GAL; AStA-Vorsitzender FH Hamburg), Oliver Jennen (unorg.; AStA-Referent Uni Bochum), Georg Kappes (RSG Bochum), Liste Undogmatischer StudentInnen an der Uni Bonn (LUST), Carsten Lüdersen (MSB; SP-Präsident FH Hamburg), Kay Müllges (MSB-Sekretär für Hochschulpolitik), Norbert Preußner (Uni Freiburg), Bernd Richter (MSB; Uni Hamburg), Dirk Sawitzky (RSG; U-AStA Uni Freiburg), Roger Schlicht (MSB; Uni Hamburg), GAL RAZZIA GH Duisburg, Linke Liste a.d. GH Duisburg, Iris Todtenberg (MSB; AStA HWP Hamburg), Stefan Vogt (Fachschaft Geschichte Uni Freiburg), Stefan Weber (für die RSG Uni Köln; AStA-Referent), Sven Wolf (unorg; AStA HWP Hamburg).

200 Jahre französische Revolution

1789 - französische Revolution. Was fällt uns zu diesem Datum an markantem ein?

Zunächst: die Guillotine. Dieses Ding, dessen Name so viele Rechtschreibfehler zuläßt und das laut Brockhaus "seit 1792 (aufgrund eines Dekrets der Nationalversammlung vom 25.9.1791) das Hinrichtungsgesetz der französischen Revolution [ist], durch das mittels eines schnell herabfallenden Beils der Kopf vom Rumpf getrennt wird. ..." Dieses Ding, das am 21. Januar 1793 dazu diente, den Herrn L. Capet ins sog. Jenseits zu befördern und das 150 Jahre später dazu diente, die Geschwister Hans und Sophie Scholl zu ermorden.

Nein, zur französischen Revolution fällt nicht nur die Maschinerie der Vernichtung ihrer Gegner ein.

Das Jahr 1789 markiert das Datum, an dem das Ende der absoluten Monarchen eingeläutet wurde. Zwar gab es zuvor schon die Beschränkung der Macht des englischen Königs, 1215 festgeschrieben in der Magna Charta libertatum (wobei nicht das Volk, sondern die Barone dem König die Federn rupften). Zwar gab es in etwa zeitgleich die Formulierung der fundamentalen

Menschenrechte durch die neu gegründeten Vereinigten Staaten von Amerika. Doch hatten diese beiden Ereignisse auf dem europäischen Kontinent keine Wirkung.

Erst durch die französische Revolution, so pervertiert sie in ihrem weiteren Verlauf durch so eine Figur wie Napoleon wurde (letzterer bildet ihren Schlußpunkt), konnten die ausgebeuteten Menschen Mitteleuropas wieder Hoffnung auf Freiheit und die Illusion eines besseren Lebens in Freiheit haben.

Gerade weil erst im Laufe des Revolutionsprozesses das französische Volk (zunächst vor allem das Volk von Paris) immer mehr die Initiative an sich riß und diese später auch wieder verlor, kann diese Revolution als Paradebeispiel und Lehrstück einer Volkserhebung dienen. Die französische Revolution ist letztlich ein didaktisch wertvolles Ereignis, an dem gezeigt werden kann, wie die Politik funktioniert und wie so etwas wie Massenpsychologie funktioniert. Darin liegt die Aktualität des Ereignisses.

Und auch jenseits aller verständnisvollen Erfassung gibt es, sobald das Stichwort "französische Revolution" fällt, auch so etwas wie eine gewisse Faszination über die Radikalität der Jakobiner und eine "klammheimliche Freude" (hier sei sie erlaubt; an anderer Stelle zeugte sie nur von politischer Dummheit) über das Ende des Herrn Capet.

Zu dem Ereignis von 1789 sind viele Bücher erschienen. Ich will hier nur drei herausheben, die durch ihre Perspektive der Ereignisse sich von allen anderen abheben. Dies sind:

Markov, W. & Soboul, A. (1989). 1789: Die große Revolution der Franzosen. Köln: Pahl-Rugenstein. DM 19,80.

[Taschenbuchausgabe ohne Bildteil]

Markov, W. & Soboul, A. (1989). 1789: Die große Revolution der Franzosen. Köln: Pahl-Rugenstein. DM 68,-. [große Ausgabe mit ausführlichem Bildteil]

Jeschonnek, B. (1989). Revolution in Frankreich, 1789-1799: Ein Lexikon. Köln: Pahl-Rugenstein. DM 48,-.

Die Preise der letzten beiden Bücher sind stolz, was um so weniger verständlich ist, wenn die LeserIn feststellt, daß sie nicht innerhalb der BRD gedruckt wurden. (Ausführungen über die wirtschaftliche Tätigkeit des Verlages Pahl-Rugenstein im Kapitalismus lasse ich an dieser Stelle.) Der Preis der Taschenbuchausgabe scheint dagegen angemessen kalkuliert.

Zu empfehlen ist besonders die große Ausgabe des Buches von Markov/Soboul, da hier ein spannend und informativ geschriebener Text mit einer ausführlichen Bilddokumentation kombiniert werden. Selten wird die französische Revolution in den 1989 zum Jubiläum erschienenen Büchern so umfassend dargestellt. Es ist halt immer das gleiche Lied: Die besten Bücher stehen entweder irgendwann in den Bibliotheken, oder mensch kann nur hoffen, sie zu Weihnachten oder an Geburtstagen geschenkt zu bekommen. Wer bis dahin nicht warten will, sollte sich wirklich die Taschenbuchausgabe von Markov/Soboul kaufen.

Das Buch von Jeschonnek ist eine gute Ergänzung, wenn spezielle Stichworte kurz und prägnant nachgesehen werden müssen.

Karl-Wilhelm Höffler

Postvertriebsstück 2.7408 I
DJD, Reuterstraße 44, 5300 Bonn I

